

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verkehrs-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gespaltene Pettizelle oder deren Raum berechnet.

Kultur und Kapitalismus.

Dort werden wir von Kultur sprechen, wo Forschung und Wissenschaft blühen, wo die Kunst durch innere Kraft und Wahrheit neue, große Werte schafft, wo die breiten Schichten des Volkes teilnehmen an den Erfolgen der Wissenschaft, an den künstlerischen Offenbarungen, wo große Gedanken und hohe Ziele die Herzen entflammen, die Gemüter begeistern und die Scharen zu frohem Zukunftsschaffen zusammenzuschließen.

Die Voraussetzung eines solchen Kulturlebens ist, daß eine gesunde materielle Basis vorhanden ist, daß jeder einzelne Volksgenosse imstande ist, eine körperlich und geistig gesunde Existenz zu führen; daß der Kampf ums tägliche Brot nicht all seine Kräfte in Anspruch nimmt, sondern ihm Zeit genug läßt zur Erholung und kulturellem Schaffen; daß jeder einzelne frei und unabhängig genug ist, seine Fähigkeiten und Talente entfalten und entwickeln zu können. Die Kultur ist abhängig vom Menschen, der Mensch aber wieder von den Bedingungen, unter denen er sein Leben fristet, seinen Unterhalt findet. Der wirtschaftliche Kampf und kulturelles Streben und Gelingen stehen nicht miteinander im Gegensatz, wie man es so oft zu hören bekommt — sie stehen miteinander in engerster Verbindung. Wer Kultur haben will, muß erst einmal gesunde Lebensverhältnisse schaffen, und wer den wirtschaftlichen und politischen Kampf für bessere Erträge der Arbeit, für eine gerechte Verteilung dieser Erträge an die Arbeitenden kämpft, der leistet damit Kulturarbeit.

Wir leben in keinem Schlaffenland, gebratene Tauben fliegen uns nicht in den Mund. Und die steigende Volksvermehrung stellt die Schaffenden vor immer neue Aufgaben, die Erzeugnisse der Arbeit zu vermehren. Aber Wissenschaft und Technik haben auch Mittel und Wege gezeigt, heute billiger, schneller, praktischer zu produzieren als je, und jede neue Erfindung ist imstande, in dieser Richtung weiterzuwirken. Man hat die Kräfte des Bodens erschöpft und weiß, wie man es anfangen muß, um sie durch richtige Pflege ertragreicher zu machen als je geahnt. Man hat Dampf und Elektrizität zur Arbeit dienstbar gemacht und baut Maschinen, die das Doppelte und Dreifache der menschlichen Arbeitskraft ersetzen, die zu ihrer Herstellung aufgewandt werden mußte und zu ihrer „Bedienung“ nötig ist. Das hat es mit sich gebracht, daß sich unsere Gütererzeugung in wenigen Jahrzehnten vervielfacht hat, daß trotz der starken Volksvermehrung heute auf den Kopf der Bevölkerung weit mehr erzeugt oder ausgetauschte Waren kommen als früher.

Wenn wir trotzdem noch immer weit davon entfernt sind, uns im wahren Sinne des Wortes ein Kulturbolk nennen zu dürfen, wenn jedenfalls die Ausbreitung und Vertiefung kultureller Mitarbeit und kulturellen Genußes der Massen nicht Schritt gehalten hat mit der Steigerung der Produktivität, des Ertragsreichtums der Arbeit — so hat das seinen tiefen Grund im heutigen Wirtschaftssystem. Der Arbeiter wird nicht ihr voller Ertrag zuteil; die Gesamtheit der Schaffenden kann nicht die Gesamtheit des Geschaffenen nach Recht und Billigkeit unter sich verteilen, für sich verwenden. Ein Teil, ein erheblicher Teil von dem, was wir erarbeiten, fällt nicht uns zu, sondern kommt jenen zugute, die im Besitze des Kapitals sind, ohne daß sie selbst Arbeit leisten, oder die doch nicht mehr Arbeit leisten als jeder „ihrer“ Arbeiter. Das sind die Summen und Werte, die Zins und Dividende verschlingen, die dazu verwendet werden, den Privatbesitz der Reissenden um immer neue Maschinen, Fabriken, Landstücke zu vermehren — die dann wiederum als „Kapital“, als Produktionsmittel von der Arbeit der anderen einen Teil des Ertrages als Zins, als Dividende freissen.

Es liegt im Wesen des Kapitalismus, es liegt in der Konstruktions des einen gegen den andern begründet, daß die Befreiung der Produktionsmittel besteht in, diesen ihren Anteil so groß wie möglich zu gestalten. Da die

Gefahr dieser Ausbeutungstendenz kaum ein Ziel fester, die Ausbeutungsobjekte, die Arbeiter, als einzelne aber zu schwach sind, sich dieser Tendenz erfolgreich entgegenzusetzen, ihre Organisationen auch vielfach noch zu wünschenswerten lassen, so kommt es nur allzuoft vor, daß die Bezahlung der Arbeitskräfte trotz aller Produktivität der Arbeit geradezu jämmerlich ist. Hunderttausende werden noch jahraus, jahrein mit wahren Hungerlöhnen abgespeist. Wie sollen sie, die nicht einmal satt zu essen haben, Kulturarbeit, Kulturgenießen werden können?!

Doch auch, wo die Löhne hoch genug sind, um ein Sattessen zu ermöglichen, muß nicht auch hier das kapitalistische System niederdrückend, kulturfeindlich wirken? Hat es nicht für den Denkenden etwas Verbitterndes, zu wissen, daß er zum guten Teil für andere schafft, die ihn in ihren Dienst zu zwingen trachten? Muß es nicht seine Freizeit zur Teilnahme am geistigen und künstlerischen Streben hemmen? Wird es nicht zum mindesten auf seine Arbeit selbst hemmend wirken? Was hat er noch ein großes Interesse daran, mehr, besser zu schaffen als andere, wenn doch nicht er und seine Mitarbeiter den Vorteil haben, sondern allein der Kapitalist, in dessen Lohn er fließt. Keine bessere Illustration zu dieser Tatsache kann es geben als das offene Geheimnis, daß heute Tausende von technischen Angestellten Erfindungen, die sie gemacht haben oder die sie doch machen könnten, unterdrücken, zurückhalten, weil in ihrem Vertrage steht, daß alle Erfindungen nicht ihnen, sondern dem Unternehmer gehören und zugute kommen, und weil es vielen nicht möglich ist, eine Stellung ohne solche Vertragsbedingungen zu erhalten! — Das wirkt aber dahin, daß weniger, langsamer, unpraktischer produziert wird, als produziert werden könnte. Und wir haben gesehen: je besser und schneller die Gütererzeugung, um so besser für die Kultur; denn um so besser steht es mit ihrer Voraussetzung — der hinreichenden Versorgung mit dem zum Unterhalt Notwendigen, dem Mehr an freier Zeit zur kulturellen Beschäftigung.

Aber das kapitalistische System von heute wirkt auch noch in anderer Beziehung kulturfeindlich. Um möglichst viel für sich herauszuschlagen, hat der Unternehmer nicht nur ein Interesse an niedrigen Löhnen, sondern auch an langen Arbeitszeiten, damit wenigstens auf diese Weise aus der Kraft und Leistungsfähigkeit des einzelnen herausgeholt wird, was sich nur herausholen läßt. Und so schaffen denn in vielen Betrieben von früh bis spät jahraus, jahrein die Sklaven der Arbeit, ohne jemals hinreichend Zeit zu finden, sich ganz auszurufen, die verausgabten Kräfte zu erholen, geschweige, daß ihnen ihre Arbeit-Zeit liege, sich um Kunst und Wissenschaft zu kümmern, gute Bücher zu lesen, für irgend ein Kulturziel erfolgreich mitzuarbeiten. Was liegt dem Unternehmer daran, wenn sein Arbeiter vor der Zeit aufgebraucht ist? Er wird ihn bis dahin schon abgeschoben haben; er ist nicht verpflichtet, dann weiter für ihn zu sorgen. Wenn er ein Stück Möbel seines Büreaus oder eine Maschine abgewirtschaftet hat, dann muß er eine neue kaufen, und deshalb hilt er sich, sie vorzeitig zu ruinieren. Auch legt er alljährlich etwas beiseite, um Ersatz besorgen zu können. Wenn Arbeiter hält er das nicht für seine Pflicht. Und wenn der Staat in der Zwangsversicherung wenigstens einen kleinen Anfang gemacht hat zum Einzahlen eines geringen Beitrages für jene Zeit, da die Kraft eines Arbeiters versagt, so schimpft man auf diese „ungerechte“ Belastung und hat es durchgesetzt, daß wenigstens der Arbeiter auch dazu beizutragen muß, wenn andere seine Kraft aufbrauchen.

Was endlich hat der „Arbeitgeber“ für ein Interesse daran, daß seine Arbeiter und Angestellten frei und unabhängig dastehen? Im Gegenteil: diese Freiheit verführt ja zu „Auffässigkeit“, der Unabhängige würde sich nicht so willig fügen und dügen. Je unfreier der Arbeiter, je mehr behindert durch Gefüge und wirtschaftlichen Zwang, um so besser für seinen „Herrn“.

Man rühmt das kapitalistische System als kulturfördernd? Aber wo ist es denn das? Der Kultur der

Massen ist es sicherlich nicht hold! Und der Kultur der wenigen und immer noch weniger werdenden Besitzenden? Es gibt auch ein Zübel an Besitz und Einkommen, das nicht mehr Kultur erzeugt; aus Kultur wird dann stidiger Luxus. Der Geist erschläft in Genüssen und schafft nicht mehr. Das Wohlleben läßt keinen Drang zum Fortschritt aufkommen. Inzucht versucht diese Clique, der die ewig sich erneuernden Kräfte der Masse fehlen. Es fehlt die Arbeit, die in so vielfacher Weise Voraussetzung der Kultur ist — auch darin, daß sie Kulturstreben aus sich heraus geradezu erzeugt: indem sie den Geist diszipliniert, die Kräfte stählt, die Erkenntnis der Zusammenhänge fördert, Kunst und Wissenschaft befördert, große Zukunftsziele gebiert — sofern sie nur frei bleibt von allen Ausbeutungstendenzen, wie sie ihr heute anhaften.

Wir sind also heute noch weit davon entfernt, uns in Wahrheit ein Kulturbolk nennen zu können. Aber ein Stückchen Kulturleben bewegt doch auch heute schon die Massen. Wenn und freudig kann man das anerkennen; am freudigsten aber, daß der wesentliche Bestandteil dieses Kulturlebens das ist, gesunde Arbeitsverhältnisse unter Beseitigung der Schäden unserer kapitalistischen Produktionsweise zu schaffen, daß sich Millionen gerade der Schlichtesten und Einfachsten im Volke zu diesem Ziel zusammenschließen haben und in ihren Organisationen solidarisch vorgehen. Viele von ihnen wissen vielleicht gar nicht, daß dieser ihr Kampf ein Kulturkampf im wahren Sinne des Wortes ist; es war der Hunger, durch den sie diesem Kampf gewonnen wurden. Aber das tut nichts zur Sache. Einmal erst für den Kampf gewonnen, wird er sie auch mit der richtigen Erkenntnis erfüllen; mit jedem fingerbreit Boden, den er gewinnt, schenkt er ja seinen Streikern und darüber hinaus dem ganzen Volke ein Stückchen neuer Kultur: Kraft und Gesundheit, Zeit und Freiheit, aus denen geistiges und künstlerisches Streben, Lebensfreude und Fortschrittsdrang erwachen können! S. N.

Aus dem Baugewerbe.

Hausbesitzertage. — Von der Geschäftigkeit der Hausbesitzer. — Hausbesitz und Terrainspekulation. — Gabelnlands. — 100 pSt. Dividende. — Wie das Terrainkapital enteignet. — Von 102 Neubauten 72 zwangsversteigert. — Laufung der Aktiengesellschaft Grün & Bissinger in Mannheim. — Der Konzern der Wagh & Freitag Akt.-Ges. in Neupadt a. d. S.

Als Wohltäter der Menschheit ließen sich die Hausbesitzer auf ihren nationalen und internationalen Kongressen feiern, die in den ersten Maitagen stattfanden. Besonders Leistungen auf diesem Gebiete vollbrachte Dr. van der Borgh, den das Terrainkapital aus seiner Stellung als Präsident des Reichsstatistischen Amtes weggewagerte und zum Generalsekretär des Verbandes zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Kreditbesitzes beförderte. Den Erwartungen seiner neuen Auftraggeber dürfte er entsprochen haben; er rief den „Hausbesitzerstand“ als den Wall gegen die rote Flut, als die Kerntruppe, um die es sich im Kampfe gegen alles dreht, was den Gesamtinteressen schädlich ist. „Ich behaupte kühn“, sprach Herr van der Borgh auf dem Höhepunkt seiner Begeisterung, „daß die heutige Entwicklung unserer städtischen Gemeinder nicht möglich gewesen wäre ohne die Opferfreudigkeit, mit der die Hausbesitzer oft trotz ihrer schwierigen Lage ihre Kräfte und Einkünfte zur Verfügung gestellt haben.“ Kühn ist diese Behauptung wirklich, das muß dem Generalsekretär des jungen Verbandes mit dem langen Namen, der eine Gründung der großen Terrainspekulation ist, ohne weiteres aufgefallen werden. Er hat sich schnell in die Gepflogenheiten der Hausbesitzer und Terrainspekulanten hineingelebt, die nicht erst seit heute und gestern nach dem Rezept arbeiten, ihre geschäftlichen Interessen als Gemeininteressen auszugeben und als „staatsverhaltende Elemente“ mit kommunalen Privilegien und andern nachschaffen Anwendungen auf öffentliche Kosten besetzt sein wollen.

Längst ist der Hausbesitz zu einem rein spekulativen Handel geworden, über dessen Charakter auch die Verherrlichung der Hausbesitzer als Repräsentanten der Bodenbesitzhaftigkeit und Selbsttätigkeit durch den Berliner Bürgermeister Reich in seiner Begrüßungsrede auf dem Hausbesitzertage nicht mehr zu täuschen vermag. Herr Bürgermeister Reich muß sich befehlen lassen, daß in Berlin von der Zahl der 1905 gezählten Grundstücke 48 pZt. noch nicht zehn Jahre im Besitz der Eigentümer waren, 30 pZt. noch nicht fünf Jahre, der fünfte Teil sämtlicher Berliner Häuser war länger als 20 Jahre in der Hand derselben Besitzer. In Barmen, Breslau, Essen, Halle, Kiel werden in einem einzigen Jahre 5 bis 10 pZt. der Grundstücke umgekehrt, so daß das gesamte Areal dieser Städte einmal in je 10 bis 20 Jahren verhandelt wird. Gewähr würden die Umschlagssätze noch mehr gestiegen sein, wenn nicht vielfach die Grundstückspreise durch die maßlose Spekulation so übersteuert worden wären, daß selbst wohlhabende Leute nicht mehr den Mut finden, als Käufer aufzutreten. Wer mit 20 000 Mark eine Wohnung ein übersteuertes Grundstück zum Preise von 350 000 bis 400 000 erwirbt, will als „solider“ Hausbesitzer angesehen werden und erhebt den Anspruch auf einen Reinerwerb von 1 pZt., der einer Rente von 3500 bis 4000 jährlich, wöchentlicher bei einer Aufwendung von 20 000, entspricht. Da durch die wahnwitzigen Bodenpreise und nochgeringeren Bedingungen bei der Vergabe von Baugeldern, durch hohe Hypothekenzinsen und noch schlimmere Provisionen des Großkapitals den größten Teil der Gewinne vorwegnimmt, so stellt sich eine Hausbesitzerherrschaft ein, wie die „Rot“ der Großgrundbesitzer ausbleibt, wenn die Käufer von Gütern die starken Preissteigerungen aller Agrarprodukte infolge der Hungerkriege in Gestalt höherer Güterpreise immer wieder kapitalisieren müssen. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den Apotheken, die von Verkauf zu Verkauf ihr Monopol höher kapitalisieren, wobei die Rentabilität für die Nachfolger naturgemäß gedrückt wird.

Einer der bekanntesten Führer der Hausbesitzer, der Justizrat Baumert-Exandau, erklärte auf der Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine, die als Deutscher Hausbesitzertag bezeichnet wurde, daß zwischen einer gesunden Spekulation und dem Hausbesitz kein Gegensatz bestehe, jeder Hausbesitzer spekuliere; er wolle mit seinem Gelde verdienen. Herr Baumert hat früher einmal die Forderung eines eigenen Kiofettes für jede Meispartei als verwerblich bezeichnet, dagegen als soziale Maßnahme die gemeinsame Benutzung eines Kiofettes durch mehrere Parteien gepriesen, da so der Gemeinnutzen gefördert werde. An Hausbesitzerinstinkten fehlt es Herrn Baumert also gewiß nicht; seine Charakterisierung der Stellung des Hausbesitzes war aber doch ehrlich und zutreffender. Nur übersteht dieser Herr, daß der Hausbesitz als Spekulation für den allergrößten Teil des Volkes zu einem Fluch, zu einer innertraglichen Plage geworden ist, die es erforderlich macht, die Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse der privatrechtlichen Ausbeutung so schnell und so radikal als möglich zu entziehen.

Besonders verhängnisvoll für die Gestaltung der Wohnungsfrage — und auch für die Privatinteressen der Hausbesitzer selbst — ist, wie an dieser Stelle, erst kürzlich aus dem Bericht der Berliner Hausbesitzer mit der Terrainspekulation, die ihre Geschäfte zum Schaden der Gemeinden und der Mieter von den Hausbesitzern betreiben läßt. Auch die Hypothekensumme der Hausbesitzer verschuldet zu einem sehr erheblichen Teil die Terrainspekulation, deren Ausschreitungen zu der Unsicherheit auf dem Grundstücks- und Bauplatz und zu der Zurückhaltung in der Gewährung weiterer Hypotheken geführt haben. Ganz folgerichtig lehnt die Terrainspekulation den Kampf gegen den Aufschwund der durch gescheiterte Maßnahmen ab. Der Aufschwund wird, so versichert Herr Kommerzienrat Haberland, einer der hervorragendsten Repräsentanten der Terrainspekulation, auf dem Hausbesitzertage, von selbst aufhören, wie jede Krankheit am Körper des Wirtschaftslebens von selbst ausheilt. Wegen dieser schönen Theorie erhob sich denn doch selbst unter Hausbesitzern Widerspruch, den der Kommerzienratliche Redner durch den Ausruf ableitete, Hausbesitz und Terrainspekulation müssen vereinigt in dem Kampf gegen die Faktoren stehen, die gegen das Privateigentum sind und die Bedeutung des Haus- und Grundbesitzes verkümmern.

Kommerzienrat Georg Haberland ist Direktor der Berlinischen Boden-Gesellschaft in Berlin, der Berlinischen Bodenkredit-Aktiengesellschaft in Berlin, der Boden-Gesellschaft Kurfürstendamm in Berlin, der Terrainspekulation Berlin-Südwesten; stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Elektrizitätswerke Südwest in Schöneberg; Mitglied des Aufsichtsrats der Terrainspekulation Berlin-Südwesten; Mitglied des Aufsichtsrats der Allgemeinen Boden-Aktiengesellschaft in Berlin, der Boden-Gesellschaft Kurfürstendamm in Berlin, der Sächsischen Bodenkreditanstalt in Dresden, der Schmargendorfer Boden-Aktiengesellschaft in Berlin, und der Terrainspekulation Berlin-Südwesten.

Die Stellung der Familie Haberland auf dem Berliner Terrainspekulation und Bauplatz ist indes noch viel einflussreicher, als die Aufzählung der von ihr beherrschten Gesellschaften erkennen läßt. Kommerzienrat Georg Haberland hat als Stadtbekannter von Berlin den Verkauf des Tempelhofer Feldes an die Gemeinde Tempelhof vermittelt, wodurch die Tempelhofer Terrainspekulation in die Hände der Großbanken kam; die Stadt Berlin selbst konnte den von ihr angebotenen Kauf des Tempelhofer Feldes nicht ermöglichen. Die von Haberland geleitete Berlinische Boden-Gesellschaft in Berlin hat für das Jahr 1912 wiederum eine Dividende von 100 pZt. verteilen können, eine Dividende, die also genau dem Betrage des Aktienkapitals entspricht. Haberland gehört zweifellos zu den besten Kennern der Terrainspekulation und Bauplatz von Groß-Berlin, er weiß mißlich, daß die Bedeutenden, unter der Führung der Großbanken stehenden Terrainspekulationen die Terrainspekulation in erster Reihe mit verschuldeten und ungenügend Grundstücke betrieben und betreiben, die den Bau-

schwindel zur Grundlage haben. Es gehört natürlich ein mehrwöchiger Laß dazu, die Terrainspekulation, die augenblicklich einer kleinen Schar von Großkapitalisten viele Jahre hindurch Grundstücksbesitzer, Materiallieferanten und Handwerker enteignete oder ausplünderte, als Schächer und Räuber des Privateigentums zu preisen.

Zu welchen Auswüchsen die Terrainspekulation in Groß-Berlin geführt hat, wird wieder einmal durch Mitteilungen über den Umfang der Substationen in dem Vorort Steglitz beleuchtet. Von 102 Neubauten sind dort 72 zur Zwangsversteigerung gekommen; unter den Bauherren befanden sich 24 Fleischer, 7 Friseur, 2 Kleinerebengewerbeten, 9 Polier, 15 ehemalige Gastwirte und 17 Steinhändler. Siehe sich in allen diesen Fällen nachweisen, wie die Bauherren zu den Grundstücken gelangten, so würden die Schuldigen für die 72 Substationen nicht weit von den Büreaus der Terrainspekulation gefunden werden.

Auf die Berliner Börse brachte in diesen Tagen die Aktiengesellschaft Grün & Wilfinger in Mannheim eine Million Mark ihrer Aktien, während ihr gesamtes Aktienkapital 4 Millionen Mark beträgt. Umgewandelt in eine Aktiengesellschaft wurde das Unternehmen, das seit dem Jahre 1892 besteht, im Jahre 1908. Die Gesellschaft, die an Dividenden für 1907, 1908 und 1909 je 7 pZt. und für 1910 und 1911 je 7½ pZt. verteilte, beschäftigt sich nach ihren Angaben mit allen vorerwähnten Bauarbeiten, insbesondere Bahn-, Tunnel-, Hafen-, Brücken- und Wasserbauten, Luftdruckgründungen, Düker-, Verankerungen, Eisenbeton-, Eisenbetonpfeiler-, Gerüstungen und Rammarbeiten. Sie unterhält tiefbauartige Konstruktionsbüros zur Anfertigung von Bauentwürfen aller Art. In Disbrücken (Pfalz) betreibt die Gesellschaft einen Sandsteinbruch; sie unterhält eine Zentralwerkstätte am Industriehafen in Mannheim und besitzt ferner in Mannheim drei massive dreistöckige Bauten mit Seiten- und Hinterhäusern. Ferner besitzt die Gesellschaft größere Riegenanlagen in Seidenheim bei Mannheim und Heimerzheim bei Mannheim sowie in Odenhöfen im Schwarzwald. In Gemeinschaft mit der Rüdtenbau-Gesellschaft in Mannheim betreibt die Gesellschaft in Wenzach die „Bauunternehmung für die Landungsbrücke Swatopmund“. Der Gegenstand dieses Unternehmens ist die Ausführung eines Auftrages vom Reichscolonialamt auf eine Landungsbrücke für Swatopmund (Deutsch-Südwestafrika). Das von der Firma verwandte Personal beträgt zurzeit 200 Beamte und ungefähr 4000 Arbeiter. Augenblicklich sind folgende größere Bauten in Ausführung begriffen: Rheinforrektion Laufenburg (Schweiz), Ausführung des Unterbaues der Kraftzentrale Laufenburg, Bahnneubau Karlsruhe, Tunnelbau bei Elm, Vagerungen Deufelsfeld für den Erweiterungsbau am Kaiser-Wilhelm-Kanal, Erd- und Mauerarbeiten am Gms-Wasser-Kanal, Abtragung des Abelsberges bei Cannstatt; Umbau des Bragunnels bei Stuttgart, Fundation einer Kanalbrücke über die Wefer in Minden, Schleusenbauten bei Hohenhausen u. a. m. Außerdem Arbeiten in Deutsch-Ostafrika am Logo. Die

Kalkstein, Kalk und Mörtel.

Von Fred Good, Architekt.

(Nachdruck verboten.)

Die Kenntnis der verschiedenen Kalk- und Mörtelarten ist für jeden Bautechniker die notwendige Vorbedingung für die sachverständige Ausführung der Mauer- und Putzarbeiten. Es zeigt sich sehr häufig, daß namentlich jüngere Techniker, denen die Bauleitung anvertraut wird, nicht schärfer genug die Begriffe Kalk, Fettkalk, Magerkalk, Luftmörtel, hydraulischer Mörtel usw. auseinander halten, oder doch nicht wissen, wann und in welcher Weise man zweckmäßig dieses oder jenes Material anwendet.

Es ist im Grunde überhaupt verfehlt, in der Bautechnik von Kalk zu sprechen. Man muß vor allen Dingen stets gebrannten und gelöschten Kalk unterscheiden. Unter dem Sammelnamen „Kalk“ kann man höchstens den totholischen Kalk (Kalkiumoxyd) verstehen, der in der Natur als Kalkstein, Marmor, Kalkspat, Kreide usw. vorkommt. Mörtel ist jede aus gelöschtem Kalk und Sand (eventuell unter Zementzusatz) hergestellte Mischung. Die notwendige Voraussetzung der Mörtelbereitung ist also das Brennen und Löschen des Kalkes. Der gebrannte Kalk wird fabrikmäßig durch starkes Erhitzen des totholischen Kalkes, insbesondere des Kalksteins gewonnen, wobei die Kohlenfäure ausgetrieben wird. Das Brennen der Kalksteine erfolgt in Feldöfen, Gruben oder Keilstein, oder auch in speziell für diesen Zweck erbauten Kalköfen.

Beim Brennen der Kalksteine verliert nicht nur Kohlenfäure, sondern auch ein Teil des Wassers, so daß er etwa 45 pZt. seines Gewichtes eingebüßt hat. Wird beim Brennen die Temperatur zu sehr gesteigert, so daß eine Verflüchtigung und Verflüchtigung der fremden Beimengungen eintritt, so erhält man einen totholischen Kalk, der durch Wasser nicht mehr ablöslich ist. Aus totholischen Kalk kann man keinen Mörtel bereiten. Während man aber auf der einen Seite das zu starke Erhitzen des Kalkes zu vermeiden sucht, geht man häufig beim Brennen der Steine nicht weit genug, wodurch ein schlechtes, häufig völlig unbrauchbares Material erzeugt wird. Gut gebrannter Kalk soll zu Staub zerfallen; entsteht die Kohlenfäure unvollständig, so zerfällt der gebrannte Kalkstein

nicht, erhärtet vielmehr und die Mängel des ungenügend erhitzten Steines können durch nachträglichen Brennen nicht beseitigt werden.

Der sogenannte hydraulische Kalk ist ein natürlicher Zement, der durch Brennen eines Kalksteines von bestimmter Zusammensetzung gewonnen wird. (Was wir gewöhnlich in der Bautechnik als Zement bezeichnen, ist ein Kunstprodukt, eine Nachahmung des hydraulischen Kalkes oder natürlichen Zements.) Der hydraulische Kalk ist ein totholischer Kalk mit 10 bis 30 pZt. tonigen Beimengungen. Bei einem gewissen Gehalt von totholischer Tonerde und Alkalien bewirkt der Brennprozeß ein Aufschließen der Kalkfäure und Tonerde, worauf der gebrannte Kalk, fein pulverisiert, die Eigenschaften gewinnt, unter Wasser zu erhitzen; er wird also „hydraulisch“. Ohne auf den chemischen Prozeß näher einzugehen, sei betont, daß die hydraulischen Eigenschaften dieses Kalkpulvers darauf beruhen, daß sich beim Brennen ein Teil des Kalkes mit der Kalkfäure des Zons verbindet, während ein anderer Teil beim Anrühren mit Wasser die gleiche Verbindung mit dem Ton eingeht und dadurch das Erhitzen des Materials herbeiführt.

Im Gegensatz zum hydraulischen Mörtel, der unter Wasser erhärtet, nennt man den gewöhnlichen, an der Luft erhärtenden Mörtel Luftmörtel. Aber die Tatsache, daß der hydraulische Mörtel für Mauerwerk unter Wasser geeignet ist, macht ihn nicht etwa für alle sonstigen Mauerarbeiten ungeeignet. Er erhartet auch an der Luft, und seine hydraulischen Eigenschaften machen ihn ebenso wie den Zement überall da als Zusatz zum Mauer- und Putzmörtel geeignet, wo eine größere Wasserfestigkeit und Festigkeit angestrebt wird. Während aber der hydraulische Mörtel auch an der Luft Verwendung finden kann, ist der Luftmörtel nicht unter Wasser anwendbar. Der Luftmörtel erhartet nicht unter Wasser, sondern wird von diesem in seine Bestandteile zerlegt.

Ich habe hier bereits vom Mörtel gesprochen und den Unterschied zwischen Luft- und Wasser-Mörtel erläutert. Doch fehlen wir zum gebrannten Kalk zurück, um den Verbleib des Mörtels zu verfolgen. Der gebrannte Kalk wird entweder in den Mörtelwerken oder auch auf der Baustelle in Mörtel vermischt.

Der gebrannte Kalk hat eine hellgraue, klumpige Gestalt, doch lassen sich die einzelnen Stücke leicht mit der Hand zerbrechen. Dieser Kalk muß nun erst durch ein Verfahren aufgeschloffen werden, das man allgemein als Löschen bezeichnet. Beim Löschen des gebrannten Steines wird das ausgebreitete Material zunächst mit einer mäßigen Wassermenge begossen, dann nach und nach mehr Wasser zugegeben, bis eine gleichmäßige Lösung erzielt ist. Der Kalk ist also „gelöst“ zu bezeichnen, wenn kein Aufbrausen mehr stattfindet. Es kommt nun, wie jedem Bauwerk, auf die richtige Wassermenge an; denn wird zu wenig Wasser verwendet, so verbrennt der Kalk, d. h. er wird zur Mörtelbereitung untauglich; wird aber zuviel Wasser verwendet, dann werden die Kalksteine zu weit auseinander gerissen, so daß ein sehr schlechter Mörtel entsteht, den zu verarbeiten ein gewöhnlicher Bauleiter niemals gestatten wird.

Soll der gebrannte Kalk auf der Baustelle gelöst werden, so muß er sorgfältig bis zum Löschen vor dem Zutritt der Luft und gegen Feuchtigkeit geschützt werden. Denn er besitzt das Bestreben, Wasser und Kohlenfäure aus der Luft aufzunehmen, wodurch er mehr und mehr zum Löschen ungeeignet wird. Durch Aufziehen von Wasser und Kohlenfäure aus der Luft verwandelt er sich nämlich wieder allmählich in totholischen Kalk, also in einen Mörtel, der dem ursprünglichen Kalkstein sehr ähnlich ist. Der gebrannte Kalk erhitze sich an der Luft und zerfällt in ein totholisches Pulver.

Wenn man dem gebrannten Kalk noch etwas mehr Wasser zusetzt, als er aus der feuchten Luft aufnehmen vermag, so quillt er unter ziemlich bedeutender Wärmeentwicklung mehr und mehr auf, und es entsteht ein sehr zäher Kalkbrei, der bei starker Verdünnung mit Wasser in Kalkmörtel verwandelt werden kann. Die Wärmeentwicklung beim Löschen durch reichlichen Wassereinsatz ist die Folge des chemischen Prozesses, nämlich der Bildung von Kalkhydrat; das überschüssige Wasser wird in Dampf verwandelt. Gleichzeitig tritt eine bedeutende Volumenzunahme ein; denn durch die begierige Wasseraufnahme des gebrannten Steines sind die Moleküle auseinander getrieben. Es gilt

Baumstoffe betrugen seit Bestehen der Gesellschaft: 1906 M 7 100 000, 1907 M 8 200 000, 1908 M 8 150 000, 1909 M 9 100 000, 1910 M 10 600 000, 1911 M 10 800 000.

Eine Umsatzerhöhung von 25,90 Millionen Mark im Jahre 1910 auf 33,15 Millionen Mark im Jahre 1911 ergab die **Wag- & Freitag Aktiengesellschaft** in Neustadt a. d. S., die, wie wir bereits verzeichneten, wieder eine Dividende von 10 pSt. zur Verteilung bringt. Bei dem um 7,5 Millionen Mark erhöhten Umsatz wird keine Gewinnsteigerung ausgewiesen; zur Begründung führt der Bericht aus, daß die Preise an einzelnen Plätzen durch den großen Wettbewerb sehr gedrückt wurden, zum Teil soll die Konkurrenz Arbeiten unter Selbstkosten offeriert haben. Zu dem Konzern der Gesellschaft gehört auch die Internationale Baumärschiner Aktien-gesellschaft, die aus der Vereinigung einer Fabrik von Wag- & Freitag mit der Maschinenfabrik W. L. Belten in Kornthal hervorging. Ferner ist die Gesellschaft noch bei einem Betonunternehmen in Genoa und bei den Zuga-Kalk- und Zementwerken G. m. b. H. in Laichingen und andern Betrieben beteiligt. Sie erhobte ihr Kapital um 2 Millionen auf 8 Millionen Mark; der Auftragsbestand ist gegenwärtig bereits höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Politische Umschau.

Der erste Tagungsabschnitt des Reichstags. — Noch eine Abrechnung mit dem Reichskammer. — Entlassungsurteil der Zentrumsleute im preussischen Dreifassparlament. — Neuer Verrat des Zentrums in der Wahlrechtsfrage. — Blutige Wahrscheinensdemonstrationen in Budapest.

Früher, als erwartet worden, bereits am 22. Mai, hat der im Januar dieses Jahres neu gewählte und am 7. Februar zusammengetretene Reichstag das ihm von der Regierung zugewiesene Pensum aufgearbeitet. Nachdem er 68 Plenarsitzungen abgehalten hatte, zu denen ungefähr 300 Kommissionsitzungen kamen, ist er am 22. Mai bis zum 26. November vertagt worden. Von den großen Hoffnungen, die die weite Kreise des Volkes auf ihn gesetzt hatten, ist leider so gut wie gar keine in Erfüllung gegangen. Man hatte geglaubt, die durch die Neuwahlen auf 110 Mann angewachsenen und so zur stärksten Fraktion gewordenen Sozialdemokraten würden nicht nur in den Fortschrittler, sondern auch in den Nationalliberalen zuverlässige Bundesgenossen für die Wahrung der Volksinteressen gegenüber dem schwarz-blauen Block und der Regierung haben. Obwohl wir das wünschen, müßten doch auch wir von vornherein damit rechnen, daß eine feste und sichere Majorität der Parteien der Zinsen nicht zustande kommen werde. Es zeigte sich denn auch schon bei der Präsidentenwahl, daß auch die Nationalliberalen nicht zu bauen ist. In gerabegerberischer Weise haben sie im Bund mit dem Zentrum und den Konservativen den im parlamentarischen Leben unerhörten Zustand herbeigeführt, daß die stärkste Fraktion von der Vertretung im Präsidium ausgeschlossen ist. Die sozialdemokratische Fraktion hatte entsprechend ihrer Stärke nach parlamentarischen Brauch Anspruch auf den Präsidentenposten. Sie verzichtete aber darauf, um mit desto größerer Sicherheit ein Präsidium der Zinsen zustande zu bringen und begnügte sich mit dem Posten des ersten Vizepräsidenten. Dieser Posten wurde denn auch zunächst durch den Abgeordneten Scheidemann besetzt, während

der mit nationalliberaler Hilfe zum Präsidenten gewählte Zentrumsführer Dr. Spahn schon am Tage nach seiner Wahl dieses Amt niederlegte, weil er nicht mit einem Sozialdemokraten zusammen im Präsidium sitzen wollte. Als dann der Fortschrittler Kampf mit sozialdemokratischer Hilfe den Präsidentenposten eingenommen hatte, und vier Wochen später gemäß den Vorschriften der Geschäftsordnung die definitive Wahl des Präsidiums für die Dauer der Session vorgenommen wurde, waren es wieder die Nationalliberalen, die den schwarz-blauen Block in dem erfolgreichen Bemühen unterstützten, die Sozialdemokraten vollständig auszuschalten. Scheidemann wurde als erster Vizepräsident nicht wiedergewählt; auch für seine Wahl als zweiter Vizepräsident waren die Nationalliberalen nicht zu haben. Allerdings gelangte auch kein Vertreter des schwarz-blauen Blocks in das Präsidium, das nunmehr sich aus dem Fortschrittler Kampf als Präsidenten, dem Nationalliberalen Dr. Kaasche als ersten und dem Fortschrittler Dobe als zweiten Vizepräsidenten zusammensetzte. Diese Wahl des Reichstagspräsidiums war eine parlamentarische Tragikkomödie, die so recht drastisch die politische Minderwertigkeit der Schwarz-Blauen und der Nationalliberalen zeigte.

Die Regierung hat diesem neuen Reichstage hauptsächlich nur die Erledigung des Etats und der Wehrvorlagen zugewendet. Sie konnte von vornherein mit Sicherheit darauf rechnen, in diesen Punkten eine sichere Majorität zu haben, zusammengesetzt aus allen bürgerlichen Parteien. Sie ist denn auch auf ihre Rechnung gekommen. Gegenüber der oppositionellen Sozialdemokratie haben die bürgerlichen Parteien der Regierung in der Hauptsache alles das bewilligt, was sie im Rahmen des Etats, der Wehrvorlagen und der Deckungsfrage forderte. Die Verstärkung des Heeres und der Marine wird erfolgen und das Volk ist dafür mit gewaltigen neuen Lasten bedacht worden. Die vielen Hunderte von Millionen, die diese neue Ausgestaltung des bewaffneten Friedens erfordert, werden hauptsächlich wieder die Massen des arbeitenden Volkes aufzubringen haben.

In der Deckungsfrage haben sich die bürgerlichen Parteien ein böses Trugspiel geliefert. Die verächtliche Brannweinbesteuerung ist tatsächlich nicht befreit worden, weil man es unterließ, das Monopol der Spirituszentrale, die Preise willkürlich festzusetzen, abzuschaffen. Was die Spiritusprobensteuern selber betrifft an Liebesgaben erhalten haben, das wird ihnen fortan dadurch zugehangen werden, daß die Spirituszentrale den Preis des Brannweins mindestens um so viel erhöht, als die Liebesgabe betrug. Der Konsum wird diese neue willkürliche Belastung im Interesse der Brenner zu tragen haben.

Um die darüber erregte öffentliche Meinung zu beschwichtigen, hat die bürgerliche Mehrheit in einer der letzten Sitzungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen einen von dem nationalliberalen Abgeordneten Wassermann und dem Zentrumsgewählten Gerberger ausgehenden Antrag angenommen, wonach eine Ermäßigung der Zifferseuer um sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, das eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besteuerung vorschreibt, in Kraft treten soll. Das ist Sumbum. Wie eine solche Steuer beschaffen sein soll, darüber sind sich die Männer der bürgerlichen Mehrheit selbst nicht klar. Die Bezeichnung des Begriffs „Zifferseuer“ mit den verschönten „Besitzformen“ ist ein steuerpolitisches Unikum. Gerberger weiß kann es nichts anderes geben, als eine vom Reich direkt zu erhebende, progressive

Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer, wie die Sozialdemokratie sie schon so oft gefordert hat. Daß sich für solch eine Steuer in diesem Reichstage eine Mehrheit finden und daß sich die Regierung zu ihr bekennen werde, erscheint ganz ausgeschlossen. Die Mehrausgaben freilich werden immer ungeheuer anwachsen; um sie zu decken, wird man vielleicht schon in den nächsten zwei Jahren abermals auf eine große „Finanzreform“, mit neuer indirekter Volksbelastung, neuen Zöllen und Steuern auf den Massenkonsum verfallen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich so energisch wie nur möglich um die Wahrung der Volksinteressen bemüht. Sie war imstande, manches zu verhindern, was den Volke beziehungsweise der Arbeiterklasse an Ungerechtigkeit sonst noch zugebracht war. Besonders aber hat sie sich wieder in scharfer, rückhaltloser und durchgreifender Kritik wider das bestehende unheilvolle System, die reaktionären Gewalten und Parteien bewährt. Sie hat gleich nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages im Rahmen einer Interpellationsbesprechung abermals Bericht gehalten über die agrarische Lebensmittelpolitik. Speziell die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hinsichtlich des Koalitionsrechtes und gegenüber dem Unwesen der sogenannten „Arbeitswilligen“ zu vertreten, hatte sie ausgiebige Gelegenheit bei der vier Sitzungen füllenden Besprechung der Zentrumsinterpellation, betreffend den Streik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Wie erinnern daran, daß sich damals die dem Reichstage als „Arbeitervertreter“ angehörenden Führer der „christlichen“ Gewerkschaften im Bunde mit konservativen „Ordnungspolitikern“ das Erdenkliche an Verschönerungen, Verdächtigungen und Verleumdungen der freien Gewerkschaften leisteten. In erster und zweiter Scharfmacherart zeternten die sauberen „Arbeiterfreunde“ nach ausreichendem Schutze der „Arbeitswilligen“, das heißt nach rückhaltloser Unterdrückung der freien Gewerkschaften. Und sie hatten denn ja auch die Genehmigung, daß der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, sich demonstrativ zu ihren „guten Ratschlägen“ bekannte. Seitdem waren am 22. Mai über zwei Monate verfloßen; am letzten Tage, als der Reichstag in die großen Ferien ging, gelangte eine Resolution der Konservativen zur Abstimmung, die die „Vorlage eines Gesetzes zum Schutze der „Arbeitswilligen“ forderte. Da hatte das Zentrum aber denn doch nicht den Mut, für diese Resolution zu stimmen. Sie wurde mit 275 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Ein Teil der Zentrumsleute allerdings enthielt sich der Abstimmung.

Damit schloß am 22. Mai die dritte Beratung des Etats und zugleich die Tagungsperiode des Reichstages. Im Verlaufe dieser Sitzung bereiteten die sozialdemokratischen Abgeordneten Reebour, und noch mehr Dr. Gluck und Scheidemann dem Reichstagsführer v. Bethmann-Hollweg und seinen Getreuen, den Junkern und Junker-geoffenen, noch eine arge moralische Niederlage. Herausgefordert durch Reebour und Siderum in betreff der reaktionären Politik und speziell der Bedrohung der elchlohringischen Verfassung durch den Kaiser, verteidigte sich Herr v. Bethmann-Hollweg um der Anfechtung, daß die Sozialdemokratie den gewalttätigen Unsturz wolle. Dafür wurde ihm eine Abfertigung, die geradezu lächerlich auf ihn und die reaktionäre Sippe im Hause wirkte. Er mußte sich durch Scheidemann und durch Zwischenrufe aus dem Hause von sozialdemokratischer Seite auf die Tarnung hinweisen lassen, daß die reaktionären Elemente bemüht gewesen sind und noch bemüht sind, mit Hilfe eines in-

ein möglichst günstiges Volumen zu erreichen, ohne durch übertriebenen Wasserzuzug den Kalk zu erschöpfen.

Nachdem das Köchen in einer flachen Goldpfanne erfolgt ist, wird die Kalkmilch in Gruppen geleitet, wo das überschüssige Wasser verdunstet. Hierbei geht die Kalkmilch in den heißen Kalkfries über, von dem oben bereits die Rede war.

Man unterscheidet nun fetten und mageren Kalk. Der fette Kalk ist schlüpfrig und glatt, der magere Kalk reich an Magnesia und Ton und ist infolgedessen weniger geschmeidig. Der magere Kalk nimmt beim Köchen nicht so bedeutend an Volumen zu wie der fette. Man sagt daher, fester Kalk wachse oder gebeisse besser als magerer Kalk. Das Köchen des mageren Kalkes muß mit besonderer Vorsicht geschehen, und zwar ist das Köchen unter einer Sanddecke als recht zweckmäßig anerkannt worden. Man bringt den Kalk dicht zusammen auf einen Haufen, überdeckt ihn mit Sand und gießt dann Wasser darauf. Die sich bildenden Dämpfe werden durch die Sanddecke aufgefangen. Wo die Decke durchbrochen wird, erfolgt eine Neubedeckung mit Sand. Der Kalk gerät in dieser Behandlung in Staub und kann dann direkt zur Mörtelbereitung verwendet werden.

Die Volumenveränderung des fetten Kalkes ist beim Köchen so bedeutend, daß sich ein Kubimeter fester Kalk in zwei bis drei Kubimeter Kalkfries verwandelt. Dieser ganze Kalkfries beträgt bei der Mörtelbereitung, d. h. beim Mischen des Kalkes mit Sand, einen sehr bedeutenden Sandzusatz. Dagegen ergibt der magere Kalk beim Köchen nur ein bis zwei Kubimeter Kalkfries, und dieser beträgt nur einen geringen Sandzusatz. Je nachdem nun fetter oder magerer Kalk zur Verfügung steht und je nach der vorliegenden Arbeit ist also ein größerer oder geringerer Sandzusatz erforderlich. Auch der hydraulische Kalk gehört zu den mageren Kalken; er wird schon in Pulverform angeliefert und findet in dieser Gestalt direkt zur Mörtelbereitung Verwendung.

Das Vermischen des geschlachten Kalkes mit dem Sand geschieht unter Wasserzuzug. Eine gründliche Mischung dieser Bestandteile ist aber Bedingung zur Erreichung eines

guten Mörtels. Es muß ein durchaus gleichmäßiges, klumpenfreies Gemenge entstehen. In den Mörtelwerken, die namentlich in den Großstädten gebrauchsfertigen Mörtel nach den Baustellen liefern, stehen Mörtelmaschinen zur Verfügung, die eine wirklich gründliche Mischung aller Bestandteile bewirken. Darum hat sich die fabrikmäßige Mörtelbereitung sehr gut bewährt. Man verlangt von einem guten Luftmörtel, daß jedes Sandkorn von einer dünnen Hülle geschlachten Kalkes umgeben sei, so daß eine Verbindung der einzelnen Sandkörner untereinander erfolge. Der Sand muß scharfe Kanten und Ecken haben und soll möglichst frei von Humus und Ton sein.

Als Regel für die Bearbeitung fetten und mageren Kalkes wird man folgenden Grundsatz gelten lassen können: Mauerwerk aus porösen Ziegeln oder Bruchsteinen gestattet die Verwendung eines fetteren Kalkes, während für Mauerwerk aus dichten, groben Werksteinen ein magerer Kalk Verwendung finden kann, da diese Steine schon durch ihr eigenes Gewicht eine stärkere Pressung auf die Mörtelugen ausüben.

Bei der Mischung der Bestandteile des Luftmörtels tritt eine bedeutende Verdichtung der Masse ein. Aus einem Volumen Rübendorfer Kalk und drei Volumen Sand entstehen z. B. 2½ Volumen Mörtel. Unter dem Druck des Mauerwerkes entleert dann ein Konglomerat, das im Laufe der Jahre immer fester wird, und zwar infolge Aufnahme von Kohlenfäure aus der Luft. Diese Aufnahme der Kohlenfäure zur Bildung kohlenfäuren Kalkes ist außerordentlich beschleunigt; aber man beobachtet nicht selten, daß die Zugen alten Mauerwerkes sich vollständig in kohlenfäuren Kalk verwandelt haben und dann einen vollkommen steinartigen Charakter besitzen.

Diese Einwirkung der atmosphärischen Luft auf den Luftmörtel vermag man schon nach Vereitung des Mörtels im Kalkfries zu beobachten. Steht der Kalk einige Zeit unbedeckt, so bedeckt er sich mit einer feinen Haut kohlenfäuren Kalkes, die aus Kalkhydratbildung und der Kohlenfäure der Luft besteht. In gleicher Weise bildet sich eine derartige Schicht an der Berührungsfäche des Steines mit dem Mörtel, und zwar infolge der in den Poren des Steines enthaltenen Luft. Das schnelle Binden des Mörtels

an den sehr porösen Bausteinen wird dadurch erklärt. Abgesehen von der mechanischen Erhärtung des Mörtels infolge der Verdunstung des Wassers, beruht also das Erhärtung des Mörtels auf einem chemischen Vorgange, also auf allmählicher Umwandlung des Mörtels in kohlenfäuren Kalk.

Beim Wassermörtel beruht die Erhärtung auf der Bildung chemischer, durch Wasser unlöslicher Verbindungen. Ueber die chemischen Vorgänge bei Verwendung des Wassermörtels herrscht nicht vollkommene Klarheit, zumal die Bestandteile des Wasserfalkes oder der natürlichen Gemente (Roman-Gemente) sehr verschieden sind. Jedenfalls ergeben Kalkfäure und Kalk, ferner Tonerde und Kalk ganz vorzügliche hydraulische Verbindungen, die für sich allein oder auch bereimt mit andern Bestandteilen der Mischung das Wesen des hydraulischen Mörtels ausmachen.

Man bereitet den Wassermörtel aus fettem Kalk unter Zusatz natürlicher Gemente, oder durch Mischung von drei Teilen Kalk, zwei Teilen Ziegelmehl und drei Teilen Sand; denn die gebrannte und geputzte Tonerde enthält Ton in aufgeschlossenen Zustande und gibt dem gewöhnlichen Kalkmörtel hydraulische Eigenschaften. Einen guten hydraulischen Mörtel für Mauerwerk in nassem Boden erhält man ferner durch Mischung von drei Teilen hydraulischen Kalk und zwei Teilen Sand. Wird der Mörtel für gewöhnliches, dem freien Zutritt der Luft ausgesetztes Mauerwerk über Terrain verwendet, so ist für ein Festhalten der Mauerkörper zu sorgen, damit der Erhärtungsprozess richtig und vollständig verlaufen kann.

Alle diese Einzelheiten sind genau zu beachten. Das Verhalten des Kalkes und Mörtels in den verschiedenen Stadien des Prozesses aufmerksam zu beobachten, ist eine interessante und sehr dankbare Aufgabe für den Bautechniker, der dabei sehr vieles für seine Praxis zu lernen vermag. Viele Fehler, die man sich später nicht leisten kann, so z. B. das „Ausfließen“ des Mauerwerkes, oder das „muschelförmige Ausfließen“ des Kalkes, sind eben nur auf die Verwendung ungeeigneten oder nicht richtig verarbeiteten Kalkes zurückzuführen. Der erfahrene und gewissenhafte Bautechniker vermag diese Fehler zu vermeiden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit
n. 18. bis 24. Mai erteilt für:

Der Verbandsvorstand.

Deutschland:

Allendorf-Sooden. Sperre über die Firmen Heukroth in Allendorf a. d. W. und Wachsmuth in Soden a. d. W.
Backnang i. Württemb. Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter.
Bebra. Streik.
Bernburg-Grüna. 1. Sperre über die Firma Fischer & Hagencut (Ziegeleibau).
Bernsdorf. Sperre über den Unternehmer Schneider.
Bordesholm, Voerde und Umgegend. Aussperrung.
Borkum. Differenzen.
Bülow. Sperre über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).
Cassel. Streiks in Melsungen, Röhrenfurth u. Malsfeld.
Coburg. Streik.
Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am Fort Nüssenberg.
Dömitz. Streik in Dömitz, Bokup, Heiddorf, Niendorf, Klein-Schmöhlen, Mallig, Neu-Kallig, Konow und Polz.
Eilenburg. Sperre über die Celluloidfabrik.
Eisenach. Sperre über Gebr. Kiel in Lauchröden, Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.
Eisenberg (Zweigverein Worms). Sperre über den Unternehmer Mattheis.
Frankfurt a. M. Sperre über die Firma Philipp Steinbach Söhne in Nied a. M.
Gartz a. d. O. Streik (Hilfsarbeiter).
Geseke i. Westf. Streik.
Gosslerhausen. Streik.
Gräfenthal. Sperre über die Firma Gruber.
Gross-Umstadt. Lohndifferenzen.
Güsten. Sperre über die Firma Burau.
Gützow. Sperre über die Firma Peters.
Hagen i. Westf. Sperre über die Firma F. & J. Schmidt.
Heidenheim a. d. Br. Sperre über die Firma Feuerbacher (Inh. Witwe Veil).
Herzberg a. Harz. Streik.
Iechtershausen. Streik bei der Firma Franz Mascher.
Jarmen. Sperre über die Firma Brandt.
Landsberg a. d. W. Sperre über den Unternehmer Schulz in Zantoch.
Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sollerhausen, Paulinenstraße, und Otto die Munkewitz in Wahren b. L., sowie über die

Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, L.-Anger, Zweinaundorfer Strasse, und Bernhard, Leipzig, Hardenbergstr. 46.

Lyck. Sperre über den Unternehmer Rinto.

Magdeburg. Streik auf dem Krupp-Graben-Work.

Mühlheim-Oberhausen. Sperre über das Stahlwerk Thyssen.

Nannhof. Sperre über Ebert & Hietzschold.

Neustadt a. H. Sperre über das Asphaltgeschäft von Ludwig Matern.

Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.

Nürnberg. (Steinhauer.) Sperre über die Firma Leikam.

Podejuch. Sperren über die Firma Köhne mann und über die Arbeit der Unternehmer Neumann & Schneider in Finkenwalde.

Rosenburg i. Hannover. Sperre über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind.

Rügenwalde. Streik.

Schönfliess. Streik.

Schwensen b. Posen. Sperre über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.

Schwerte i. Westf. Sperre über den Unternehmer Zouch.

Sensburg. Streik.

St. Margarethen. Aussperrung.

Stargard i. Pomm. Streik bei dem Unternehmer Schöneberg.

Stettin. (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.

Stolp i. P. Streik in den Orten Kublitz, Voddin und Lüllemün.

Stralsund. Sperre über die Firma Range wegen Einführung der Akkordarbeit.

Tengern (Zweigverein Löhne). Streik.

Troisdorf b. Bonn. Streik der Maurer und Banhilfsarbeiter auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte.

Wahlitz. Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.

Westerstede. Streik.

Wismar. Sperre über das Tiefbaugeschäft Nikolai & Wendler.

Zinnowitz. Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadowasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Müdke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Kosorow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bochum. Sperre über die Firma Werringloer.

Göln. Sperre über den Zwischenmeister Peter Gescher, über die Plattenfirma Hub. Wolf in Lindenthal.

Dortmund. Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.

Essen. Sperren über alle Arbeiten der Firma Lango sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.

Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.

Hann. (Terrazzoarbeiter.) Streik.

Mannheim-Ludwigshafen. Sperren über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.

Mühlheim a. d. R. Sperre über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Gips- und Stukkateure:

Berlin. Streik.

Bremen. Streik.

Breslau. Sperre über die Firma Simlinger & Gode.

Bruchsal. Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.

Karlsbad i. B. Sperre über die Firma Holub.

Kattowitz. Gesperrt wegen Lohndifferenzen sind die Firmen Beilich-Gleiwitz, Koppenhöfer-Bouthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.

Kempten. Sperre bei der Firma Memminger.

Leipzig. Lohndifferenzen.

Lörrach. Sperre über die Firma Wäsmar.

München. Sperre über die Firma Fraton & Sollmaier.

Osnaabrück. Sperre über die Firmen Pernot und Brouwers.

Schlettstadt. Sperre über die Firma Bortolo.

Lucern (Schweiz). Streik der Gips- und Stukkateure.

Isolierer und Steinhölzler:

Berlin. (Steinhölzler.) Sperre über die Brandenburgerischen Steinhölzwerke.

Göln. (Steinhölzler.) Sperren über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppa in Göln, Korkelit-Werke von D. Deppa und Henrichs).

Dresden. Sperre über Reinhold & Co.

Düsseldorf. (Steinhölzler.) Sperre über Nüßle & Otto, Kettenbeil-Eisenach, Zweiggeläch Düsseldorf und Barmen.

Eisenach. (Steinhölzler.) Differenzen mit der Firma Otto Kettenbeil.

Leipzig. (Steinhölzler.) Sperre über die Firma Emil Köllner, Asphaltwerk, Plönerweg.

Oesterreich:

Görz, Klattau, Mies, Mankau b. Pilsen, Strakonitz, Zittau. Streik.

Arbeitsmarkt.

Über die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegeack und Wilhelmshaven haben unsere vorigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Berlin.

Zu den wenigen Orten, wo heute noch die elftündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ besteht, gehört Schönfließ i. d. Neumark. Die Arbeitsstätten befinden sich zum größten Teil im Randgebiet auf den Güts- und Bauernhöfen, in so weiter Entfernung vom Wohnort der

Maurer, daß diese nicht jeden Abend nach Hause fahren können. Die Beschaffung von Nachlogis hat den Unternehmern aber noch nie Sorgen bereitet. Sie erklärten einfach: „Das geht uns nichts an!“ Die Maurer suchten dann im Schaffall oder in der Scheune ein Unterkommen zu finden. Sobald aber der Raum gebauet wurde, mußten sie auch hier verschwinden und ihr Nachlogis im Ge- oder Strohhäufen unter freiem Himmel suchen. Trotz dieser erbärmlichen Zustände belamen es die Unternehmer fertig, unsere Forderungen auf Verfürgung der Arbeitszeit auf zehn Stunden bei 42 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn sowie die Beschaffung von Logis bei Ueberlastarbeit einfach zu ignorieren. Unsere Kollegen befinden sich nun seit 14 Tagen im Streik. Die Unternehmer suchen in den Streikblättern Maurer. Wir hoffen, daß sich niemand mehr finden wird, der mit dazu beiträgt, daß die oben geschilderten elenden Zustände noch weiter erhalten bleiben können, dann müssen die Unternehmer sehr bald unsere Wünsche erfüllen. — In Sorau i. d. Markk solten die Unternehmer eine Lohnverhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ für Maurer und 1 $\frac{1}{2}$ für Hilfsarbeiter auf die Dauer von zwei Jahren an. Alle Verfürgungen, eine Einigung auf dem Verhandlungswege zu erreichen, scheiterten an der gütlichen Ansicht der Unternehmer. Zurzeit ist die Arbeitslosigkeit recht gut, so daß nunmehr ernsthaft an die Durchsetzung der Forderung gedacht wird. Wir ersuchen alle Kollegen, den Boykott Sorau vorläufig streng zu meiden.

Gau Bremen.

Der Streik in Dissen ist beendet. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen, weil in dem Augenblick der Unternehmer nicht alle unsere Wünsche berücksichtigt sind. Es ist nur eine Lohnverhöhung von 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und 20 $\frac{1}{2}$ Zuschlag pro Stunde für Nacharbeit und Sonntagsarbeit erreicht worden. Immerhin beträgt jetzt der Stundenlohn 38 $\frac{1}{2}$ bis 42 $\frac{1}{2}$ für Maurer und 33 $\frac{1}{2}$ bis 35 $\frac{1}{2}$ für Arbeiter. Ueberstunden werden nicht vergütet. Die vierzehntägige Lohnzahlung und die Einbehaltung von sechs Tagenlöhnen bleiben bestehen. Dies alles müßte geändert werden. Wären die Kollegen in der Umgebung von Dissen organisiert gewesen, dann wären jetzt unsere Forderungen — 45 $\frac{1}{2}$ für Gesellen, 40 $\frac{1}{2}$ für Hilfsarbeiter, achttündige Lohnzahlung, Freizugs-Wochenlohn, für Ueberstunden 10 $\frac{1}{2}$ Zuschlag usw. — erfüllt gewesen. Bei der Konkurrenz der Maurer aus der Umgebung, wo die Gesellen noch für 28 $\frac{1}{2}$ bis 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde arbeiten, war dies nicht möglich, da die Unternehmer mit ihren Leuten auch Arbeiten in Dissen ausführen. Diese Unternehmer waren trotz des Wunschens der Unternehmer von Dissen nicht zur Teilnahme an den Verhandlungen zu bewegen, weil ihre Leute unorganisiert seien und nicht mehr Lohn forderten. Jetzt müssen die Kollegen in der Umgebung von Dissen organisiert werden! Sobald dies erreicht ist, werden wir auch diese Unternehmer mit Forderungen beglücken. Sollten sie dann noch den jetzigen Standpunkt vertreten, so werden wir sie durch einen Streik eines Besseren belehren. Aufgabe ist es, jetzt mit allen Kräften zu agieren, bis der letzte Geselle und Arbeiter bei uns organisiert ist. In Dissen wurde durch einen Streik eine Lohnverhöhung von 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde geholt. Die christlich organisierten Zimmerer waren in eine Bewegung eingetreten. Dieser erfolgte die Aussperrung der Maurer. Obgleich fast sämtliche Maurer bei uns organisiert waren, wurde in aller Eile von der christlichen Gewerkschaft ein Vertrag abgeschlossen. Unsere Kollegen erhielten vorabmütig Mitteilung, daß nachmittags verhandelt werden sollte. Wären unsere Kollegen auf diesen Reim nicht eingegangen, vielmehr hätten sie jetzt am Freitag ein paar Mark mehr in der Tasche. — Nach vieler Mühe ist es uns endlich gelungen, in **Nordhorn, Schüttorf** an der holländischen Grenze festen Fuß zu fassen. Hier herrschen noch traurige Verhältnisse. Die Gesellen erhalten 30 $\frac{1}{2}$ bis 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Der Unternehmer ist Herr und kommandiert, der Geselle ist Knecht und gehorcht. Wer sich von den Gesellen nicht willens fügt, der fliegt. Die Organisation ist den dortigen Unternehmern natürlich ein Dorn im Auge. Nach der erfolgreichen Aussperrung der Tegtlarbeiter im vorigen Jahr in dieser Gegend, ist den Ausbeutern ganz besonders der Kamm geschwollen. In Nordhorn kommen 4000 Tegtlarbeiter in Betracht. Vor der Aussperrung hatten die Christlichen etwa 600 Mitglieder, der freie Verband etwa 200. Die christliche Organisation ist von den Unternehmern fast ganz vernichtet worden, der deutsche Tegtlarbeiterverband zählt kaum noch 100 Mitglieder. Er hat sich auch erst in letzter Zeit wieder etwas erholt. Der Vorstoß einer Organisation wird von den Unternehmern nicht geduldet. Die Leitung der Tegtlarbeiterverbände befindet sich in Gronau. Wir wurde an Ort und Stelle erzählt, daß sich keiner von den Mitgliedern der Christlichen mehr traute, das Vereinsorgan von der Post zu holen. Daß man dort die Sachen nicht postlagend senden, so soll es recht häufig vorkommen, daß, wenn sich der Briefträger über irgend etwas nicht im Klaren ist, er einfach zur Fabrik geht und dort in Gegenwart des Meisters um Auskunft holt. So bleibt die Fabrikleitung über alles immer auf dem laufenden. Daß diese Verhältnisse in einem solchen kleinen Nest auch recht nachteilig auf die andern Berufe wirken, ist klar. Ein großer Kampf zur Auflösung und Besserung der Verhältnisse ist hier für alle Berufe dringend notwendig, damit auch in dieser Gegend dem Arbeiter endlich das Koalitionsrecht gewährt wird. Die Kapitalisten und alle übrigen Unternehmer huldigen hier dem Grundgesetz: „Gewalt geht vor Recht.“ Für uns muß der Grundsat lautet: Mit unserer Macht erkaufen wir uns das Recht.

Zus **Nordenham** schreibt man uns: Die Aussperrung der Bauarbeiter von Nordenham-Einswarden dauert fort. Der größte Teil der gut organisierten und tüchtigen Maurer und Bauarbeiter, meistens verheiratete Leute, hat außerhalb Arbeit gefunden. Am Orte selbst werden von den zurzeit aufgestellten Neu- und Umbauten außer einigen am Orte oder in der nächsten Umgebung wohnhafter „Arbeitswilligen“ unorganisierten, zum großen Teil Ausländer, meist Italiener, beschäftigt. Die Arbeit dieser Leute ist schon mehrfach von sachkundiger Seite getadelt worden, und es ist deshalb sehr verwunderlich, daß noch Geschäftsleute und andere zurzeit die Aussperrung ihrer Neu- und Umbauten ausführen lassen. Diese müssen die Tragweite, die Bedeutung ihres Tuns für die um ihr

Recht und ihre Existenz ringenden Bauarbeiter nicht erkannt haben. Dieselben Geschäftsleute klagen über schlechte Geschäfte und können es nicht fassen, daß doch nur die rücksichtslosste Vornahme des tiefsten Baunternahmens die Schuld daran trägt. Durch die schon Anfang Januar von den Unternehmern verhängte Aussperrung lehren immer mehr Arbeiter Nordenham den Rücken; denn nicht allein die Bauarbeiter, sondern auch andere Berufe werden in Mitleidenschaft gezogen und sehen sich ihrer Existenz beraubt. Aus dem Bericht über die Bevölkerungsbelegung der Stadtgemeinde Nordenham ist festzustellen, daß im Monat Februar 173 Personen abgemeldet wurden, im Monat März über 200 und im April 421 Personen. Unanständige Leute müssen die so viel gepriesene Zukunftssede verlassen, für sie werden Ausländer herangezogen. Daß bei solchen Zuständen der Geschäftsgang zurückgeht, muß jedem klar sein. Die hiesigen Bürger und Geschäftsleute täten daher besser daran, wenn sie den um ihr Recht kämpfenden Bauarbeitern vollste Sympathie bezeugten. Das würde dazu beitragen, den Kampf eher zu beenden. Die Bauarbeiter sind in diesem Kampfe ganz auf sich selbst angewiesen und werden ihn auch, wie bisher, in mühsamer Ruhe zu Ende führen. Daß die Polizei den Unternehmern weitgehenden Schutz gewährt, ist ja allbekannt; auch die lieben „Arbeitswilligen“ stehen unter dem Schutze der Polizei, und ihr ganzes Verhalten zeigt auch, daß sie sich der Bedeutung dieses Schutzes bewußt sind. Dieser Lage konnte man beobachten, daß selbst Bahnbeamte (Kangier) Langandendienste leisteten. Bei den Umbauten des sogenannten Rangenammer (Eigentum der Eisenbahnverwaltung), die von der Firma Wülfenfeldt & Zwismeyer ausgeführt werden, arbeiten in den dienstfreien Stunden zwei Eisenbahnbeamte. So steht es jetzt in Wirklichkeit in der vielgepriesenen, ausblühenden Zukunftssede Butjadingens aus.

Gau Eöln.

Ueber die Lage im Eölnen Tiefbaugeschäft schreibt man uns aus Eöln: Seit Jahren bemühen sich die hiesigen Organisationen, einen Tarifvertrag für das Tiefbaugeschäft zu schaffen; aber immer ist dies an der Ungünstigkeit der Tiefbauarbeiter gescheitert. Dies ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß sich die in Frage kommenden Arbeiter aus aller Herren Länder zusammenfanden und zum größten Teil für die Organisation schwer zugänglich sind. Auch in diesem Jahre versucht unser Zweigverein, um endlich einmal zu einem Tarif zu kommen, die Tiefbauarbeiter zu organisieren. Das ist nun zwar bis heute noch nicht gelungen, doch hat immerhin eine große Anzahl Erd- und Tiefbauarbeiter den Weg zur Organisation gefunden. Um einen Tarifvertrag im Tiefbaugeschäft zustande zu bringen, versuchte unser Zweigverein, mit den Tiefbauunternehmern in Verhandlungen einzutreten; aber es wurde dem Zweigvereinsvorstand mitgeteilt, daß die Unternehmernorganisation Verhandlungen ablehne. Augenblicklich haben wir im Tiefbaugeschäft eine gute Konjunktur. In der Niederlegung der Eölnen Festungs- werke, an Eisenbahnbauten (Unterführungen) und an der Verstärkung der am Eöln herum liegenden Forts arbeiten Hunderte von Tiefbauarbeitern, die große Erdbehebungs- und Betonarbeiten ausführen. Da es meistens ausländische und staatliche Arbeiter sind, hätte man annehmen sollen, daß in erster Linie deutsche Arbeiter eingestellt worden wären. Aber weit gefehlt. Die meisten Arbeiter sind Ausländer, Italiener, Ungarn, Kroaten, Galizier. Diese Leute werden nicht etwa eingestellt, weil sie leistungsfähiger sind als die deutschen Arbeiter, sondern weil sie billiger und williger sind. Dementsprechend sind auch die Löhne, die auf 36 bis 46 $\frac{1}{2}$ pro Stunde stehen; daß mit einem solchen Lohn bei den heutigen Verhältnissen niemand seine Familie anständig ernähren kann, versteht sich von selbst, um so mehr, da Eöln eine der teuersten Städte von ganz Deutschland ist. Es werden aber auch in Eöln schon seit Jahren für Betonarbeiter sowie Grund- und Abbrucharbeiter weit höhere Löhne gezahlt, und heute steht der Lohn für Grund- und Abbrucharbeiter auf 62 $\frac{1}{2}$ und für Betonarbeit auf 66 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Um aber einen recht hohen Profit aus den Arbeitern herauszuwirtschaften, zählt man im Tiefbaugeschäft den ausländischen Arbeitern Löhne nach Belieben. Die deutschen Arbeiter aber zahlen die Steuern, damit Staat und Kommune in der Lage sind, die Arbeiten auszuführen. Den Arbeitern, die an den Forts eingestellt werden, wird eine Kabinets- ordnung vorgelesen, die von den Arbeitern unterschrieben werden muß. Die Order besagt, daß jeder, der über diese Arbeit der Öffentlichkeit etwas überbringt, auf Grund des Hochverratsparagrafen bestraft wird. Die meisten Ausländer verstehen nicht Deutsch und können viel weniger Deutsch lesen. Wer aber mit diesen Leuten später auch nachlaufen, um zu kontrollieren, ob sie in ihrer Heimat nichts von dem mitteilen, was sie an und in den deutschen Forts gesehen haben? Die Volkvertretung, die alljährlich Millionen Mark für militärische Bauten bewilligt, hat ausdrücklich verlangt, daß die an diesen Bauten beschäftigten Arbeiter tarifmäßig entlohnt werden, wenn Tarifverträge bestehen. Gewisse Unternehmer in Eöln setzen sich aber darüber hinweg, weil sie sich von der Militärbehörde gedeckt wissen. Sie zahlen wahre Hungerlöhne. Daß die Arbeiter sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen, ist klar, und es ist deshalb auch schon zu Differenzen gekommen. Die Arbeiten des Unternehmers Besser am Fort III (Nissenberg) und Fort VII (Kornar) sind gesperrt. Wie sich die Militärverwaltung bei diesem Streik verhält, geht aus folgendem Vorfall hervor. Ein Vertreter unserer Organisation hatte mit einem Unternehmer, der auch Arbeiten an den Forts ausführt, eine Unterredung. In dieser sprachte der Unternehmer, sie seien in der Lage, dem Streik lange Widerstand zu leisten, weil die Arbeit ruhen könne. Die Militärverwaltung gewähre ihnen „Ausland“ und lasse ihnen auch den weitgehenden Schutz zukommen. Er sagte: Wir haben ja die Militärverwaltung im Rücken. Wir lassen uns Betten in den Forts aufschlagen, dort werden dann die Arbeitswilligen untergebracht. Jeder Streikposten wird an der Minge von den Militärposten verhaftet. Daß die Militärverwaltung diesen Schutz gewährt, haben die Vertreter der Organisation schon erfahren müssen. In der Mittagspause versuchten die Vertreter der Organisation mit den Leuten des Unternehmers Baumann, der Arbeiten am Fort VI ausführt, von der Minge zu reden und ihnen Rat zu geben, die zu einer Besprechung

einleben. Der Militärposten aber unterlagte unter Androhung der Verhaftung das Sprechen mit den Leuten und den Aufenthalt auf der Ringstraße. In die Militärbehörde muß daher das Ersuchen gerichtet werden, sich in einem wirtschaftlichen Kampf neutral zu verhalten und nicht zugunsten der Unternehmer Partei zu ergreifen. Wie die Verhältnisse an militärischen Bauten sind, so sind sie auch an den zivilistischen Bauten. Wie oben schon erwähnt, ist man damit beschäftigt, die Umwälzung von Götting niederzulegen. Auch an diesen Arbeiten sind die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Weil es die Unternehmer ablehnten, einen Tarifvertrag für das ganze Tiefbaugewerbe zu schließen, muß die Organisation bei jedem einzelnen Unternehmer vorgehen. Und es war wieder der erste der Unternehmer L. Tatas, der schon im Jahre 1910 eine Vereinbarung mit dem Bauhelferverband abgeschlossen hat, der diese nicht inne hielt. Er zahlte einen Lohn von 45 s pro Stunde für alle Arbeiter, die dort beschäftigt waren. Die Arbeiter hatten es fast, für einen vorzüglichen Lohn zu arbeiten, und legten am 6. Mai einmütig die Arbeit nieder. Nach fünfjährigem Streik erklärte sich der Unternehmer Tatas bereit, für die Erdarbeiter einen Stundenlohn von 60 s zu zahlen, für Betonarbeiter 50 s und für Mauerarbeiter einen solchen von 62 s. Hieraus geht hervor, daß auch für die Tiefbauarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern sind, wenn sie sich einig sind. Allen Erd-, Straßen-, Kanal- und Bahnbauarbeitern rufen wir zu: Gehen in den Deutschen Bauarbeiterverband! Dann wird auch für Euch bald die Zeit des Glücks vorüber sein. Um die organisierten Kollegen richten wir das Ersuchen, überall dort, wo sie mit den Tiefbauarbeitern zusammenkommen, diese aufzufallen, damit wir auch im Tiefbaugewerbe zu einem geregelten Tarifverhältnis kommen. Zugang von Tiefbauarbeitern nach Götting ist fernzuhalten.

Gau Dortmund.

Die Sperre über das Geschäft des Unternehmers Zeuch in Schwerte hatten unsere Kollegen aufgehoben. Der Unternehmer hatte sich verpflichtet, zukünftig den geltenden Tarifvertrag einzuführen und das bisher zu wenig gezahlte Geld nachzahlen. Er hielt aber diese Verpflichtungen nicht, so daß die Sperre erneut verhängt wurde. Die Sperre über den Unternehmer Sinsch in Werninghofen bei Herde ist gleichfalls beendet, unter der Bedingung, daß der Unternehmer zukünftig in seinem Geschäft nach den Bedingungen, die für das Lohngebiet Herde üblich sind, arbeiten läßt. — In Bünde mußten sich unsere Kollegen durch eine zweifelhafte Arbeitszeiteinstellung die Anerkennung des Tarifvertrages ersämpfen. Es handelt sich dabei um solche Unternehmer, die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind. Trotzdem sie vom Einigungsamt Bielefeld zur Zahlung der Zulage von 2 s vom 1. April an verurteilt wurden, konnten sie sich ohne Arbeitszeiteinstellung nicht zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen verstehen. Für uns hat das Verhalten der Unternehmer das Gute, daß unsere Kollegen erkannt haben, daß es besser ist, die Organisation zu stärken und auszubauen, als sich auf die glatten Reden der Unternehmer zu verlassen.

Gau Erfurt.

Aus Coburg schreibt man uns: Bis jetzt ist eine Forderung im Coburger Bauarbeiterstreik nicht eingeklinkt. Die Kollegen sind fest entschlossen, den ihnen aufgedrungenen Kampf bis zum guten Ende zu führen. Hieran wird auch die Stimme eines sehr verdächtigen „Arbeiterfreundes“ im „Coburger Tageblatt“ nichts ändern. Diese Stimme läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Wenn man den für unsere kleinen Verhältnisse mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit von beiden Seiten geführten, nimmere wohl zehn Wochen dauernden Lohnkampf mit all seinem Weh und Aber als ausstehender betrachtet, so drängt sich einem die Frage auf: „Ist dieser Kampf der Opfer wert, die ihm gebracht werden, vor allem von Seiten des wirtschaftlich schwächeren Teiles, den Arbeitern.“ Wenn man zunächst die Streikunterstützung, die mit Worten M. 9 pro Woche beträgt, außer Betracht läßt, (denn dafür sind ja seit Jahren die gar nicht unbedeutlichen Prämien, in Gestalt von Verbandsbeiträgen bezahlt worden), so erleidet der einzelne Maurer, unter Zugrundelegung eines zehntägigen Arbeitszuges und 43 s Stundenlohn, für die zehn Wochen einen Lohnausfall von 10 × 60 × 43 s = M. 258. Dies ist der finanzielle Verlust; welche Umnebelung von Vergeß, Verdruss, häuslichem Unfrieden und weit schlimmeren Folgen aber der Streik noch mit sich bringt (es sei nur an die Verurteilung einiger Streikpostenler ufm. erinnert), meine ich, müßte jedem Beteiligten so klar sein, daß er doch einmal ein Exempel aufstellen müßte, ob die Verluste ufm. im Verhältnis zu einem eventuellen Gewinn, selbst bei einer für die Maurer steigenden Beendigung des Streiks, stehen. Das Exempel ist meines Erachtens sehr einfach. Die Mehrforderung beträgt 4 s pro Stunde oder 60 × 4 = M. 240 pro Woche, M. 258 : 2 = 127 Wochen oder rund zwei Jahre. Der Maurer müßte also, selbst wenn die Meister die geforderte Zulage bewilligten (was ich aber bezweifle, denn wie man hört, ist keine große Baulust vorhanden), volle zwei Jahre arbeiten, um den entstandenen Lohnausfall wieder auszugleichen. Wenn man zum Lohnausfall die wirklich nicht niedrigen Verbandsbeiträge sowie die Streikgelber der Arbeitenden rechnet, so kann man den Arbeitern eine schönere Pfingstgabe wünschen, als die Einsicht, daß sie diesmal falsch beraten waren. r.

Wie man sieht, ist r. ein sehr schlechter Rechenmeister; denn er vergißt nicht nur die gezahlte Streikunterstützung vom dem Lohnausfall in Abzug zu bringen, sondern er vergißt auch zu erwähnen, daß eine Lohnmehrung, die sich die Arbeiter jetzt erkämpfen, nicht nur zwei Jahre ihre Wirkung tut, sondern auch darüber hinaus den Arbeitern fortwährend zugute kommt. Aber wie wäre es denn gewesen, wenn Herr r., anstatt den „Schaden“ der Arbeiter zu berechnen, den der Unternehmer berechnet hätte? Dazu wäre er doch sicherlich besser in der Lage gewesen, als zur Ausbreitung des vorstehenden Rechenexempels; denn die „Stimme aus dem Publikum“ dürfte bestimmt in den Reihen der Unternehmer zu suchen sein. Er müßte also den Schaden, den die Unternehmer bis heute schon gehabt haben, doch sehr gut berechnen können. Aber davon schweigt die „arbeiterfreundliche Stimme“. Mögen sich die Unternehmer nicht der Hoffnung hingeben, durch derartige Manöver ihren Zweck zu erreichen und Uneinigkeit in die Reihen der kämpfenden bringen zu können. Wenn der Zugang von den Zweigvereins-

vorständen, hauptsächlich in der Gegend von Coburg, ferngehalten wird, dann wird und muß der Sieg unser werden.

Gau Hannover.

Der Streik in Bodenroder, Zweigverein Sameln, der am 6. Mai begann, hat am 18. Mai seinen Abschluß, wenn auch nicht in sehr befriedigender Weise, gefunden. Der Forderung gemäß sollte der Lohn der Maurer, der bisher 32 bis 34 s betrug, vom 1. April an 38 s und vom 1. August ab 40 s betragen. Am 17. Mai haben sich die Unternehmer hinter die Kollegen gemacht und ihnen erklärt, daß sie gewillt seien, den Lohn einheitlich auf 35 s für Maurer zu erhöhen und auch den Hilfsarbeitern, von denen einer unserer Organisation und fünf dem Fabrikarbeiterverband angehören, während der Rest bis zur Arbeitszeiteinstellung unorganisiert war, ebenfalls 2 s Lohnmehrung zu gewähren, wenn am anderen Tage die Arbeit wieder aufgenommen würde. Unsere Kollegen sind den Forderungen der Unternehmer gefolgt. Sie sind leider noch zu jung in der Organisation, als daß sie mit klarem Blick über den heutigen Tag hinwegsehen könnten. Öffentlich bleiben sie mit guten Verbandskollegen, an denen dann die Unternehmer in den nächsten Jahren noch ihre „Freude“ haben dürften. Denn das haben uns die Unternehmer in der Verhandlung selbst erklärt, daß mit dem geringen Lohnemfommen am Orte ein einigermaßen menschenwürdiges Leben unmöglich ist.

Gau Karlsruhe.

Die Sperre in Eisenberg mußte aufgehoben werden, da es einem Teil der Kollegen an dem nötigen Kampfesmutte fehlte. Vorher fanden noch einmal Verhandlungen statt, an denen seitens des Kreisverbandes für das Pfälzer Bauergewerbe der Sekretär Matten teilnahm. Er machte den Vorschlag, der frühere Zustand sollte wieder hergestellt, alle Leute wieder eingestellt werden und dann solle die Streitsache einem Schiedsgericht übergeben werden. Wir waren bereit, diesen Vorschlag anzunehmen; die Unternehmer von Eisenberg lehnten ihn jedoch ab. Darauf erklärten wir, daß wir dann den Kampf weiterführen würden. Nun fiel der Sekretär aus der Rolle, indem er erklärte: „Wenn wir weiterkämpfen, so würden sie eine Eingabe an die Behörden machen und darin die beiden Gesandten nach Gehörte schildern.“ Aus dieser Drohung war zu entnehmen, daß Matten bereit war, das Recht verweigern zu lassen. Unter diesen Umständen wäre es an Place gewesen, den Kampf in verschärfter Form weiter zu führen; doch entgegen dieser Notwendigkeit ließ ein Kollege nach dem andern am und der Rest war so wankelmütig, daß wir die Sperre aufheben mußten. Die Unternehmer übten — wie es nicht anders zu erwarten war — Nach, indem sie auf den zwei Gesandten fünf andere Kollegen nicht wieder einstellen. So hat der erste ernsthafte Kampf in Eisenberg ein sehr unruhiges Ende genommen. In Neustadt a. d. S. geht der Kampf der Zementierer und Hilfsarbeiter das Beton- und Altpfahlgewerbe weiter. Am besten dürfte es sein, wenn sich die beteiligten Kollegen anderweit um Arbeit bemühen und so in aller Ruhe abwarten, bis der harte Sinn Mattens eine Änderung erfahren hat. — In Gengenbach im Schwarzwald wird für Bauhelfer der Tariflohn nicht gezahlt. Am 21. Mai fand innerhalb einer Versammlung statt, in der beschloffen wurde, daß am anderen Tage eine Kommission mit dem Bauvorstehenden zusammen bei den Unternehmern vorstellig werden sollte. Das ist auch geschehen. Die Unternehmer brachten allerhand Ausreden vor; der eine sagte: „Ich kriege Leute genug für den Lohn“, der andere meinte: „Wenn der Schulbau losgeht, dann zahle ich den Lohn“ und der dritte tat den geistreichen Ausdruck: „Ich mache den Dummheit nicht allein.“ Dafür, daß ihr Verhalten ein Tarifkampf war, schienen die Unternehmer gar kein Verständnis zu haben. Wir versuchten, ihnen den Ernst der Situation klar zu machen und stellten ihnen den Kampf in Aussicht, wenn am Samstag der Tariflohn nicht bezahlt wird.

Gau Nürnberg.

In Röhrenbach b. Lauf (Zweigverein Nürnberg) haben unsere Kollegen den Unternehmern eine Lohnforderung zugehen lassen, die durch Unterhandlung unter dem Vorbehalt des Bürgermeisters auf gültigem Wege ihre Erledigung fand. Der Erfolg ist eine Verbilligung der Arbeitszeit von einer Stunde pro Woche sowie eine Lohnmehrung von 2 s pro Stunde für Maurer und Hilfsarbeiter, ferner 10 s Zuschlag für Überstunden und 20 s für Sonntags- und Nacharbeit, für welche außergewöhnlichen Arbeiten vorher Zuschläge nicht bezahlt wurden. Der abgeschlossene Vertrag tritt mit dem 1. Juni in Kraft und endet am 31. März 1913. — In Nürnberg haben die Terrazzoarbeiter ihren Unternehmern eine Lohnforderung zugehen lassen, in der an Stelle der jetzt ganz unregelmäßigen Arbeitszeit eine solche von 57 Stunden wöchentlich nebst einer Lohnmehrung von 10 s verlangt wird. Überstunden und besondere Arbeiten sollen mit Zuschlägen ähnlich — denen in den übrigen Bauberufen vergütet werden. Zurzeit gibt es dafür überhaupt keine Entschädigung, da in den meisten Fällen Wochenlöhne gezahlt werden, wobei nur die zehntägige Arbeitszeit zugrunde gelegt ist, während in der Regel zwölf, dreizehn und noch mehr Stunden pro Tag gearbeitet wird. Die in Betracht kommenden Kollegen (Italiener) gehören fast alle unserm Verband an. — Die Steinholzleger in Nürnberg haben ihren Unternehmern eine Forderung zugehen lassen, nach der die neunstündige Arbeitszeit beibehalten und der Lohn für Beger auf 70 s, für Hilfsleger auf 60 s und für Helfer auf 51 s pro Stunde festgelegt werden soll. Außerdem werden für Helfer nach einer gewissen Dauer der Beschäftigung Zuschläge gefordert. Für Überstunden und dergleichen sowie für auswärtsige Arbeiten werden die allgemeinen üblichen Lohnzuschläge begehrt. Eine Antwort hat unsere Organisation in den beiden letzten Fällen von den Unternehmern noch nicht erhalten.

Gau Stettin.

Wenn man von Rügenwalde i. Pommeren spricht, denkt man meistens s. Spidilubert, Gaisbrüste, Wurft, Schinken und andere delikate Nahrungsmittel. Die Arbeiter schäufeln sich aber hier eben so kümmerlich durchs Leben schlagen wie in andern kleinen Städten. Wiederholt seht

die Organisation ein; aber immer wieder liegen sich unsere Kollegen durch die Zwangsmaßnahmen der Arbeitsherrn einschließen. In diesem Jahre gelang es erst, die Mehrzahl der Maurer zu organisieren. Zum 14. April wurde eine mündliche Verhandlung zur Regelung der Arbeitsbedingungen beantragt. Nach einigem Hin und Her kam es am 20. April zur Verhandlung. Ausser zwei Schläger-Unternehmern und dem Stettiner Geschäftsführer des Bezirksarbeiterverbandes erschienen nur ein Rügenwalder Herr. Die übrigen vier glänzten durch Abwesenheit. „Nobel“, wie die Unternehmer nun einmal sind, boten sie statt 40 s Stundenlohn 41 s. Bei der einstündigen Arbeitszeit sollte es bleiben. Dieses „großartige“ Angebot veranlaßte unsere Kollegen, den Streik zu beschließen. Seit dem 20. April ruht bei fünf Unternehmern die Arbeit. Zum 2. Mai hatte der Bezirksarbeiterverband eine Verhandlung in Aussicht gestellt, die in letzter Stunde abgefragt wurde, weil die Rügenwalder Unternehmer nicht verhandeln wollten. Statt Verhandlung, setzte ein kleiner Zeitungsstreik ein. Am den Gutsbesitzern und Bauern die Sache zu berechnen, wurde von „parteilichem Streik“, von „Aufwieglern“ und „Seßern“ geredet. Soweit es in einer pommerischen Kleinstadtzeitung möglich ist, wurde die Sache durch uns klargestellt. Der Bauhelferverband Schmittbals war beim letzten Wahlkampf national-liberaler Kandidat für den Kreis. Als diesem Herrn nach der Wahl der Reichsvertrag eines Gutes von dem konservativen Besitzer gekündigt wurde, wurde ihm als einem Opfer des konservativen Terrors von allen Freisinnspartnern die Machtverehrung zuerkannt. Derselbe Herr bringt es aber fertig, von einem Maurer den Austritt aus dem Verbande zu fordern mit der Drohung, wenn er nicht austrete, sondern mitstreife, dürfe er im Winter nicht auf Arbeit rechnen. Der Rügenwalder Bauhelfer verbiethet auf Betreiben des Unternehmers G. Schürmer den Maurern und deren Frauen, das Betreten des offenen Bahnsteiges. Auf eingelegte Besuche teilte die Direktion Danzig mit, daß Erhebungen angestellt seien. Aus dem Grauburger Bezirk reisten sieben Ruker und zwei Arbeiter zu, die sich nach vieler Mühe zur Abreise bewegen ließen. Jetzt sind drei Bromberger Ruker, angehend gewohnheitsmäßige Streikbrecher, erschienen. Sie meinen, daß ein Maurerstreik für Ruker nicht bestehe. Die Rügenwalder sind bis auf die aus drei Kollegen bestehende Streikleitung in lohnende Arbeit getreten. Wird der Zugang ferngehalten, so haben sich die Rügenwalder den zehntägigen Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 45 s errungen. — In Gars a. d. S. beantragten wir 1911 beim Abschluß des Maurerverbandes Regelung des Lohnes der Hilfsarbeiter. Die Unternehmer lehnten dies ab mit der Begründung, die Arbeiter seien noch nicht reif. Mit dem Erstarken der Organisation wurde der Antrag erneuert; aber wieder wurden wir abgewiesen. Auf einen unter dem 20. April gestellten dritten Antrag erfolgte die Einfindung zu einer Verhandlung am 12. Mai. Zur Verhandlung kam es aber erst gar nicht. Jüngst erklärten die Herren, daß für sie noch nicht die Zeit zu einem Vertragsabschluß mit den Arbeitern gekommen sei. Am 12. Mai stellten die Hilfsarbeiter die Arbeit ein, wodurch die Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Unternehmer besitzen nun die edle Dreistigkeit, zu behaupten, wir hätten unter Umgehung der Vertragsklauseln einen Vertragsbruch begangen. Söher geht es doch wohl nimmer. — Im Rügenwalde Stolz stehen seit dem 13. Mai bei fünf Unternehmern die Maurer und Hilfsarbeiter im Streik. Bewilligt hat ein Unternehmer. Auch hier ist die Hauptsache, den Zugang fernzuhalten.

Gau Stuttgart.

Aus Stuttgart schreibt man uns: In Vödingen wurden am 29. April Forderungen eingeklinkt. Es wurden für Maurer 50 s und für Hilfsarbeiter 40 s gefordert. Diese Sätze wurden bereits vor Jahren gezahlt, jedoch übten die Baugeschäftsinhaber die Praxis, bei normalem Geschäftsgang, so auch in der letzten Winterperiode, die Löhne um 5 s, also auf 45 s pro Stunde, zu reduzieren. Da zurzeit ein Teil der beschäftigten Maurer bei einer Firma schon 60 s pro Stunde — also weit höhere Löhne als vertraglich festzulegen angestrebt wird — erhalten, kann unferseits nicht länger geduldet werden, daß die Arbeiter vor Vödingen und Umgebung mit Hungerlöhnen bedacht werden. Um gegen dieses System Front zu machen, haben die Maurer am Schulhausneubau am 7. Mai die Arbeit eingestellt. Das Rezept, das der Arbeitgeberbund den Vödingener Meistern empfohlen hat, keinen Tarif abzuschließen, werden diese wohl nicht lange befolgen. — Die Lohnbewegung in Böblingen ist auf gültigem Wege erledigt worden. Es wurde ein Tarifvertrag mit zweijähriger Dauer abgeschlossen. Der Stundenlohn wurde für Maurer auf 50 s, für Hilfsarbeiter auf 42 s erhöht; vom 1. April 1913 ab gibt es weitere 2 s. An Zuschlägen wurde vereinbart: für Überstunden 25 pht., für Nacharbeit 50 pht. und für Sonntagsarbeit 100 pht. Die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen wird zweifellos auch dazu beitragen, daß dem teilweise vorherrschenden, geradezu schmutzigen Submissionswesen Einhalt geboten wird. Da in allen Fällen bei übermäßigem Angebot die Arbeiter die Leidtragenden sind, werden die Vödingen Bauarbeiter bei Durchführung des Vertrages hierüber ein nachsames Auge haben. Der durch eifrige Betätigung der Kollegen erreichte Erfolg muß die Bauarbeiter allerorts, an denen die Arbeitsbedingungen nicht geregelt sind, zur eifrigen Organisationsarbeit anspornen. — Die Gipser, Maurer und Bauhelfer von Zuffingen sind am 25. Mai wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Streik eingetreten. Die Unternehmer lehnen es ab, mit der Organisation in Verhandlungen einzutreten und glauben, die Bauarbeiter mit allerlei Drohungen ins Vorurteil jagen zu können. Einige Biebediener versuchen es leider, der Arbeiterschaft durch elenden Verrat in den Rücken zu fallen. Aber der Geist, der die Streikenden befeuert, birgt dafür, daß die Unternehmer nachgeben müssen und es sicher zu einem Tarifabschluß kommt. Die reisenden Kollegen werden gebeten, Zuffingen zu meiden.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Cassel. In den letzten Tagen hatten wir eine außerordentlich große Zureise von Kollegen aller Branchen. Am die reisenden Kollegen vor unnützen Gelbtausgaben zu schützen, geben wir hier bekannt, daß die Arbeitsverhältnisse in Cassel für alle Gruppen außerordentlich schlecht sind, so schlecht, wie sie überhaupt in Cassel seit 20 Jahren in keiner Jahreszeit gewesen sind. Die in Ausführung begriffenen Arbeiten sind städtische oder staatliche Bauten. Für Erdarbeiten wäre die Arbeit vorhanden, wenn nicht diese Arbeiten meistens von ausländischen Arbeitern, die mit Vorliebe von den großen Tiefbauunternehmern angenommen werden, ausgeführt würden. Es kommen hierbei die Erdarbeiten an den Bahnbauten in Frage. Auch bei zwei städtischen Kanalbauten versuchen die Unternehmer, die ansässigen Arbeiter auszuscheiden und Kroaten einzustellen. Durch eine Eingabe an den Magistrat haben wir erreicht, daß wenigstens von jetzt an bei städtischen Arbeiten zuerst hiesige Arbeiter angestellt werden müssen. Trotzdem sind noch über 100 Bauhilfsarbeiter ohne Arbeit. Ebenso liegen die Verhältnisse für Maurer. Die gesamte Maurerarbeit beschränkt sich auf drei größere Bauten, zwei Schulen und ein Folgegebäude sowie einige kleine Randhausbauten. Auch von den Maurern sind eine recht große Zahl arbeitslos, obwohl ein Teil nach Westfalen, namentlich in die Gegend um Gagen, abgereist ist. Maurer, die Cassel verlassen wollen, dürfen nicht hoffen, Arbeit zu bekommen. Für Stukkateure war vor vier Wochen die Arbeitsgelegenheit gut; es wurden für die inneren Arbeiten eines größeren Wohnhauses, die schnell fertig werden sollten, solche gesucht. Jetzt sind diese Arbeiten aber schon so weit vollendet, daß zureichende Kollegen auf Anstellung nicht mehr rechnen können; eine Anzahl auf arbeitenden Kollegen ist schon wieder entlassen worden und da sonst keine Arbeit vorhanden ist, abgereist. Für Fliesenleger ist hier gar nichts zu tun; die hiesigen Fliesenleger sind abgereist. Auch das Betonbaugewerbe ist nur wenig beschäftigt. Die ganze Arbeit besteht in der Herstellung der Decken in obengenannten Schulen und dem Folgegebäude sowie in der Herstellung einiger Wasserbassins in der Umgegend. Also mit einem Wort: Es ist in Cassel mit der Arbeitsgelegenheit außerordentlich schlecht bestellt. Alle reisenden Kollegen mögen dies beachten, wenn sie nicht größere Ausgaben umsonst machen wollen.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Dresden. Die Adresse des Mannes der Beschwerdekommission ist: Bernhard Hertel, Dresden 20, Gottfried-Keller-Straße 78. Alle Beschwerden sind schriftlich an obige Adresse einzureichen.

Nichtigkeitsfestung. In dem Artikel: „Der christliche Bauarbeiterverband“ in der letzten Nummer haben wir für Duisburg/Düsseldorf die Mitgliederzahl unseres Verbandes auf 1618 und die des christlichen Verbandes auf 1667 angegeben. Wie uns mitgeteilt wird, ist dieser Vergleich insofern nicht richtig, weil das Zweigvereinsgebiet beider Verbände nicht gleich ist. Der christliche Verband hat in seinem Zweigverein Duisburg-Mülheim 1101 und in Oberhausen 556, zusammen also 1657 Mitglieder. Bei uns kommen dagegen zu den 1618 für Duisburg angegebenen Mitgliedern noch 903 im Zweigverein Mülheim-Düsseldorf, so daß wir in dem christlichen Zweigvereinsgebiet 2521 Mitglieder haben. Das sind also nicht 49 Mitglieder weniger, sondern 864 Mitglieder mehr als die christliche Organisation hat.

Material zur Verlängerung der Arbeitszeit

Sammlen die rheinisch-westfälischen Schachsmacher. Schon in der vorigen Nummer des „Grundstein“ haben wir eine Zuschrift aus Duisburg veröffentlicht, aus der hervorging, daß die Unternehmer in Gagnon auf ihren Bauten Listen zirkulieren lassen und von ihren Arbeitern fordern, daß sie folgendes unterschreiben sollen:

Die unterzeichneten Maurer und Bauhilfsarbeiter erklären sich mit der zehnständigen Arbeitszeit auf keinen Fall einverstanden und wünschen in den Sommermonaten länger als zehn Stunden, wenigstens elf Stunden pro Tag arbeiten zu können, da sie den Sommer zum größten Teil auszunutzen gönnen und sie in den Wintermonaten auf den im Sommer erübrigten Lohn angewiesen sind. Zumal bei Akkordarbeiten halten es die Unterzeichneten nicht für angebracht, sich an eine bestimmte Arbeitszeit binden zu lassen.

Wir nahmen zunächst an, daß es sich dabei nur um eine Schurke der Gambornier Unternehmer handle. Nun wird uns aber aus Gagen mitgeteilt, daß die Unternehmer in Gagnon sich auf gleiche Weise Listen zirkulieren lassen, um Unterschriften für die Verlängerung der Arbeitszeit zu sammeln. Nach einer Mitteilung des Vorstehenden des Arbeitsverbandes geschäftlich dies auf Veranlassung der Schachsmacher in Gagen. Wir fordern unsere Kollegen in Rheinland-Westfalen dringend auf, sich weder durch gütliches Zureden der Unternehmer noch durch Drohungen mit der Entlassung zur Unterzeichnung irgend-

eines von den Unternehmern verbreiteten Zirkulars beugen zu lassen. Von allen derartigen Forderungen mache man umgehend der Organisationsleitung am Orte Mitteilung.

Heraus aus den Kriegervereinen!

Wir haben schon oft behauptet, daß sich immer noch ein großer Teil unserer Kollegen für die Kriegervereine eingelegt, obgleich diese zu den schlimmsten und gefährlichsten Organisationen überhaupt gehören. Wiederholt haben wir betont, daß es ein Widerspruch ist, in einer Gewerkschaft für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, für ihre Befreiung aus Not und Elend zu kämpfen, und gleichzeitig in einem Kriegerverein die reaktionären Machenschaften der Feinde der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber das hat anscheinend nur wenig genützt: viele unserer Kollegen sind leider aus den Kriegervereinen nicht herausgetreten, bis sie herausgegangen werden. Wir ersuchen folgendes Schriftstück:

Kriegerverein Braunsb.

27./4. 12.

An den Maurergesellen Herrn

Der Deutsche Kriegerbund hat die Bestimmung erlassen, daß diejenigen Kameraden, welche einem Verbände angehören, der sozialdemokratische Zwecke verfolgt, aus dem Kriegerverein ausgeschlossen sind.

Sie werden deshalb hiernit aufgefordert, bis zum 1. Juni d. J. die schriftliche Erklärung an den Kriegerverein einzureichen, daß Sie aus Ihrem Verbände ausgeschieden sind, widrigenfalls Sie von dem Tage ab aus unserm Verein ausgeschlossen werden.

Der Vorstand des Kriegervereins.

Otto Vater, Vorsitzender.

Der Kriegerverein Braunsb. ist Mitglied des Preussischen Landes-Kriegerverbandes, der wiederum dem Deutschen Kriegerbund angehört. Der Verein nimmt, wie obiges Schriftstück zeigt, als Tatsache an, daß der Deutsche Bauarbeiterverband sozialdemokratische Zwecke verfolgt, und stellt unsere Mitglieder vor die Alternative, entweder aus ihrer Gewerkschaftsorganisation auszutreten oder aus dem Kriegerverein herausgeworfen zu werden. Wir können uns darüber nicht einmal entziehen. Niemand kann zweien Herren dienen. Ein aufrechter Mann, der für die Verbesserung seiner Lebenslage kämpfen will, der für das Proletariat eine sonnigere Zukunft erstrebt, gehört nicht in einen Kriegerverein. Wenn unsere Kollegen nicht selbst austreten, dann müssen sie sich ergeben lassen, daß sie ausgeschlossen werden. Wer seinen Gewerkschaftsverband verläßt, der trete als aufrechter Mann beiseite! Es macht uns empfinden es unsere Kollegen nicht als Schmach, in einem Verein, der ihre Gewerkschaftsorganisation in so gefährlicher Weise bekämpft, nur geduldet zu sein, weil die Vereinsleitung ihre Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation nicht kennt. Das entweder — Oder, vor das der Deutsche Kriegerbund unsere bei ihm organisierten Kollegen stellt, sollte für diese eine flammende Mahnung sein, auszutreten aus einem Bunde, der sie als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht haben will und in den sie als selbstbewußte Männer nicht hineingehören!

Aus dem Gau Breslau.

Zu der Nr. 21 der „Baugewerkschaft“, dem Organ der christlichen Bauarbeiter, erschien ein zwei Spalten langer Artikel über die Lohnbewegung in Frankfurt und die Baupresse in Potsdam (soll wohl heißen Posenitz), der für Frankfurt ein wenig reichlich spät erscheint. Wir haben keine Ursache, alle Verbrechen der Tatsachen hier näher zu beleuchten, doch einiges in den Sätzen kann nicht unwidersprochen bleiben. Am 30. Januar überfanden wir den Unternehmern in Frankfurt unsere Forderungen, und zwar, daß die dortigen Unternehmer dem Arbeitgeberbund nicht angehören, mit einem Vertragsentwurf für die Jahre 1912 bis 31. März 1914. Am 25. Februar fand dann eine von den Unternehmern einberufene öffentliche Versammlung für alle Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes statt mit der Tagesordnung: „Beratung der Lohnforderungen.“ Zurechtend Mitteilung seitens der Unternehmer oder eine Einladung zu dieser Versammlung war uns nicht zugegangen; wohl aber war der Vertreter der christlichen Bauarbeiter sehr genau informiert. In der Versammlung waren etwa 20 Unternehmer aus dem Kreise Frankfurt anwesend, dazu als Vertreter der Christlichen Kruppa. Von uns war Wolmann ohne vorherige Einladung erschienen. Daß diese öffentliche Versammlung nicht die Lohnforderungen erledigen konnte, liegt klar zutage. Trotzdem mußte geredet werden. Und es wurde geredet, aber wie? Als Kruppa durch Herrn Werler-Langenbielau das Wort bekam, sprach er nicht etwa zu den Lohnforderungen und deren Berechtigung, sondern seine Ausführungen gingen dahin, daß der Deutsche Bauarbeiterverband „sozialdemokratisch“ sei. Dazu zitierte Kruppa dann Aussprüche von Rosa Luxemburg und von Führern der sozialdemokratischen Partei. Man konnte beobachten, wie die Unternehmer sich freuten, daß in Gegenwart von circa 300 Arbeitern ein Vertreter der christlichen Bauarbeiter die Sozialdemokratie vernichtete, die in Frankfurt gar nicht existiert. Mit dieser Rede Kruppas hatten aber auch die Unternehmer Morgenluft genietet. In der darauffolgenden Verhandlung zwischen Vertretern der Arbeiter und den Unternehmern erklärte Wolmann: „Meine Herren! Sie haben gehört, wie Herr Kruppa den roten Zapfen geschwenkt hat, ich nehme deshalb an, die christlichen Bauarbeiter ziehen daraus die Konsequenz und schließen keinen gemeinsamen Vertrag mit dem „sozialdemokratischen“ Bauarbeiterverband. Wir werden nach diesem Vorgang unsern Vertrag ohne die Firma „Christlicher Bauarbeiterverband“ drucken lassen, wenn Sie den Vertrag mit allen drei Organisationen in den Vertrag aufnehmen.“ Gegen einen Vertragsabschluß mit dem christlichen Bauarbeiterverband haben wir nichts einzuwenden.“ Diese Erklärung hat Wolmann in der Verhandlung am 24. März wiederholt. Also nicht wir wollten die Christlichen, sondern der Vertreter der christlichen Bauarbeiter wollte uns bei dem Vertragsabschluß ausschalten mit seiner sozialdemokratischen Vernichtungsrede. Wichtig ist, daß Wolmann in der Verhandlung am 24. März gesagt

hat, zunächst möchte sich Pfeffer zu dem Angebot der Arbeitgeber äußern. Pfeffer sollte doch wohl gewußt haben, weshalb: wie oft hat denn Pfeffer uns schon „hinter die Bäume geführt!“ Bei vielen Gelegenheiten, wo wir gemeinsam handeln wollten, hat Pfeffer zunächst Vertretung entandt; später nahm er dann die Geschäfte wahr, und wenn wir dann sagten, in der vorigen Sitzung hat dein Vertreter den Standpunkt eingenommen, so erklärte er uns: „was der gesagt hat, geht mich nichts an.“ Eine Unmährheit ist es, wenn in dem Artikel behauptet wird, die Vertreter der sozialdemokratischen Verbände hätten erklärt, keine Zeit mehr zu haben, sie müßten zur Bahn, um nach Breslau fahren zu können. Wenn Pfeffer der Wahrheit die Ehre geben will, so mußte er wissen, daß seit 6½ Uhr abends die Unternehmer aus Wartha, Reichenstein usw. auf dem Sprünge zur Bahn waren; daß es aber auch diese Unternehmer waren, die jedes weitere Zugeständnis stritte ablehnten. Und die Frankfurter Unternehmer setzten alles daran, den wieder neugegründeten Arbeitgeberbund nicht zu gefährden. Erst auf der Straße sagte Wolmann zu Pfeffer, er gehe zur Bahn. Nun hat aber Wolmann noch ein weiteres Verbrechen begangen, er hatte versprochen, am 27. März zu Pfeffer zu gehen. Das hat er wohl getan, doch war Pfeffer behindert. Und nun verfluchte Wolmann über seine Zeit, ohne so oft nach dem Mauritiusplatz zu gehen oder Posten zu stehen, bis Pfeffer die Gasse hatte, sich andächtig sprechen zu lassen. Zu einem Telefonatschluß hat es bei uns noch nicht gereicht, deshalb ist es gelogen, wenn behauptet wird, Wolmann wollte telefonieren. Wir erinnern jedoch den Bezirksleiter Pfeffer an einige ähnlich liegende Fälle. In Frankfurt haben Kruppa und Pfeffer während der Lohnbewegung den Unternehmern das Bureau eingelaufen; wir haben uns darüber nicht beschwert. In Landeshut beschloß 1909 die Mitglieder beider Organisationen den Streit. Als dieser Streit neunzehn Wochen gedauert hatte, besorgte Pfeffer aus Überfließen eine Anzahl Maurer und vereinbarte einen Vertrag mit den Unternehmern; unsere Kollegen lagen durch dieses Vorgehen arbeitslos auf der Straße und auswärtige, christlich organisierte Maurer machten die Arbeit fertig. In Steinau a. d. O. Ober hatten Pfeffer und Wolmann gemeinsam mit den Unternehmern über Lohn-erhöhung verhandelt; es wurde vereinbart, am 27. Juli 1911 solle eine weitere Verhandlung stattfinden. Wir ersuchten vier Tage vorher vereinbarten Verhandlung folgendes Schreiben:

Steinau a. d. O., den 22. Juli 1911.

Deutscher Bauarbeiterverband, Breslau.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 22. Juli erwidern wir Ihnen, daß wir mit dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter bereits abgeschlossen haben. Wir bedauern daher, von Ihrem Anerbieten nimmermehr keinen Gebrauch machen zu können.

Dochachtungsvoll

gez. Berndt, Zimmermann.

Auch in Steinau war der Deutsche Bauarbeiterverband vertreten; auch hier hat Pfeffer das Gegenteil von dem getan, was er von uns als selbstverständlich verlangt. Und wie war es denn bei dem diesjährigen Streit in G. a. h. Dort hat Pfeffer den Streit eingeleitet; unsere Mitglieder haben selbstverständlich mitgemacht. Erreicht hat Pfeffer genau das, was die Gläubiger Unternehmer mit dem Gefellenausschuss vorher vereinbart hatten. Pfeffer sagte in der Verhandlung in G. a. h. zu den Unternehmern: „Meine Herren! Es handelt sich gar nicht um den Lohn, sondern wir wünschen einen Vertrag.“ Den Vertrag hat er ja bekommen; wie die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes darüber denken, ist eine andere Frage. Wir könnten noch eine Anzahl Fälle anführen, wie Kreuzburg usw., wo es einen Pfennig Lohnerhöhung gab, wollen es aber unterlassen. Jedoch eine Frage zu Frankfurt. Am 21. Februar fand in Frankfurt eine Versammlung christlicher Bauarbeiter statt. Nach Schluß dieser Versammlung sagte der Vertreter Pfeffers, Kruppa, zu unsern Kollegen Niederrhein-Rangenberg: „Ohne den christlichen Bauarbeiterverband macht Ihr keine Lohnbewegung in Schlesien mehr!“ Welchen Sinn hat diese Drohung? — Die Baupresse vom „sozialdemokratischen“ Bauarbeiterverband in Posenitz, Unternehmern Niederrhein-Zins, ist nach Ansicht der „Baugewerkschaft“ zu Unrecht gegen Niederrhein geführt worden. Wir stellen fest, daß sich Niederrhein immer um die Bezahlung des Tariflohnes für die Kalk- und Ziegelträger herumzudrücken suchte. Der Tarifvertrag besagt: „Der Stundenlohn beträgt für einen berufsmäßigen Kalk- und Ziegelträger 1912 43 S. Um diesen Lohn nicht zahlen zu brauchen, stellt Niederrhein an den Bauten nur Hilfsarbeiter ein, die auch Träger sind; dann wird die Arbeit geschäftelt, so daß ein Teil der Arbeiter Kalk und Ziegel trägt und der andere Teil mit sonstigen Arbeiten beschäftigt wird. Nach bestimmter Frist wird die Arbeit geschäftelt, wer Träger war, machte jetzt gewöhnliche Arbeit. Bei der Lohnzahlung kommen dann die Differenzen, statt Trägerlohn, gibt es 8 S. weniger. Beschwerden sich die Arbeiter, so sagt Niederrhein: „Ständige Kalk- und Ziegelträger bekommen den Trägerlohn; Sie haben ja nicht ständig getragen.“ So war es in diesem Falle, so war es auch im Vorjahre in Westph. In Westph. war aus diesem Grunde ebenfalls die Baupresse verhängt, aber christlich organisierte Maurer und Dominiumarbeiter haben Niederrhein aus der Patsche geholt. Pfeffer glaubte auch bei dieser Gelegenheit, trotz unserer Mitteilung an ihn, seine Ursache zu haben, etwas zu unternehmen; denn nach seiner Angabe war auch hier Niederrhein im Rechte. Wir haben dann im Fall Westph. in zweiter Instanz das Schiedsgericht angerufen, das am 3. Oktober 1911 in allen von uns vorgebrachten sechs Beschwerdepunkten einstimmig zu ungunsten des Maurer- und Zimmermeisters Niederrhein in Zins entschied. Daraus ist wohl zu ersehen, mit wem es Pfeffer hält.

Von uns und den Christlichen in Nürnberg.

Bei unsern Nürnberger Kollegen hat sich infolge der äußerst gefährlichen Kampfweise, die von den christlich organisierten Kollegen, insbesondere von dem christlichen Geschäftsleiter Rang, gegen unsern Verband geführt wird, eine sehr starke Mißstimmung gegen diese festgelegt, die sich dadurch ständig steigerte, daß sich Rang bei Entscheidung des Schiedsgerichts wiederholt auf die Seite der Unternehmer stellte und gegen die Interessen der Arbeiter verließ. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß

das Verhältnis zwischen den Angehörigen der beiden Organisationen auch auf den Baustellen sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß sich leider von Zeit zu Zeit recht unliebsame Differenzen entwickeln. Infolge einer solchen Differenz lehnten es im vorigen Sommer bei dem unorganisierten Unternehmer Hubert 30 unserer Kollegen ab, mit zwei christlich organisierten zusammen zu arbeiten. Der Unternehmer gab aber nicht unsern Kollegen ihre Papiere, sondern entließ die beiden Christlichen. Die Folge davon war, daß unsere Organisation des Tarifstreiks beschuldigt wurde, zumal unsere Organisationsleitung ein Einschreiten ablehnte, weil mit dem unorganisierten Unternehmer Hubert kein Tarifvertrag abgeschlossen sei. Aus demselben Grunde hielt unsere Nürnberger Organisationsleitung auch die Schlichtungskommission für nicht zuständig. Die Schlichtungskommission entschied jedoch, daß sie zuständig sei. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Unternehmer und des christlichen Sekretärs Rang entschieden, daß das Verhalten unserer Kollegen bei dem Unternehmer Hubert Tarifbruch sei. Mit dieser Entscheidung waren aber die Christlichen noch nicht zufrieden, sondern sie verklagten sechs unserer Kollegen auf Schadenersatz. Damit hatten sie aber kein Glück; denn das Amtsgericht wies ihre Klage ab und das Landgericht, bei dem sie Berufung einlegten, tat das gleiche, so daß sie nun noch obendrein die Gerichtskosten zahlen müssen. Da die uns vorliegende Entscheidung des Amtsgerichts nicht uninteressant ist, wollen wir sie nachstehend im Wortlaut veröffentlichen:

„Zusatz: Die Kläger sind Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, die Beklagten Mitglieder der paritätischen Gewerkschaft des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Die Streitparteien waren als Maurer bei einem Neubau des Bauunternehmers Hubert, hier, beschäftigt, zugleich mit noch anderen Mitgliedern der paritätischen Gewerkschaft des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Am 5. Oktober 1911, nach der Mittagspause, legten die sämtlichen dem Deutschen Bauarbeiterverband angehörigen Arbeiter die Arbeit bei Hubert nieder und erklärten, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen würden, als bis die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft, das sind die Kläger, entlassen würden. Daraufhin entließ der Arbeitgeber Hubert die Kläger.“

Nach Klagebehebung ist nun der Klägers Wolschum einmündig und der Klägers Häfner zweieinhalb Tage arbeitslos gewesen, und zwar Wolschum mit einem Verdienstentgang von M. 9,30 und Häfner mit einem solchen von M. 14,80, bei Zugrundelegung einer neundreißerstündigen Arbeitszeit und einem Stundenlohn von 63 ¢. Die Kläger verlangen nun Ersatz dieses Schadens von den Beklagten, da deren Verhalten eine Verletzung des Rechtsgutes der Freiheit und der ungehinderten Willensbestimmung des Arbeitgebers Hubert und der beiden Kläger bedeute und eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlungsweise sei und ferner eine Verletzung des für die Streitparteien verbindlichen Tarifvertrages vom 16. April 1910 enthalte, der in § 10 Abs. 1 und 2 bestimme, daß das Zusammenarbeiten mit Anders- oder Nichtorganisierten auf ein und derselben Arbeitsstelle nicht beanstandet werden dürfe und daß die Einstellung und Entlassung von Arbeitern im freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers stehe und die Zugehörigkeit zu einer Organisation auf keiner Seite ein Grund zu Maßregelungen sein werde, ebenso wenig wie der Austritt aus einer Organisation verlangt werden dürfe. Die Kläger beantragen nun in der Klage, durch vorläufig vollstreckbares Urteil zu erkennen: die Beklagten haben samstagsverbindlich an den Kläger Wolschum M. 9,30, an den Kläger Häfner M. 14,80, je nebst 4 pzt. Zinsen seit Klageaufstellung, zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. In der mündlichen Verhandlung wiederholte der klägerische Vertreter Klageantrag nebst Begründung.

Der Vertreter der Beklagten beantragte die kostenfällige Klageabweisung eventuell Vollstreckungsschutz nach § 713 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung, indem er ausführte, die Handlungsweise der Beklagten sei nicht kausal gewesen für die Entlassung der Kläger; die Entlassung sei vielmehr die Folge der freien Willensentscheidung des Arbeitgebers gewesen; übrigens hätten auch die Beklagten nicht mündlich gesagt, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen würden, als bis die Kläger entlassen würden; sie wollten mit denselben nicht mehr zusammenarbeiten. Zudem habe die Kläger nicht Hubert selbst entlassen, sondern dessen vollmachtigter Kaufmännischer Angestellter, der erklärt habe, er lasse lieber die zwei fort als die übrigen 28 Arbeiter. Schließlich bestritt er noch, daß die Kläger den angegebenen Verdienstentgang hätten.

Der klägerische Vertreter beantragte den Hubert als Zeugen dafür, daß er infolge des Verhaltens der Beklagten vor der Notwendigkeit gestellt wurde, entweder den Bau einzustellen oder die Kläger zu entlassen. Schließlich beantragte er noch, die Verhandlung auf Grund der Klage zu beschränken, wogegen der beklagte Vertreter nichts zu erinnern hatte, und übergab noch das Sitzungsprotokoll der Schlichtungskommission vom 25. Oktober 1911 und ein Exemplar des Tarifvertrages vom 16. April 1910.

Gründe: Insofern die Klage auf § 10 des Tarifvertrages vom 16. April 1910 gestützt wurde, ist sie unbegründet, denn dieser Vertrag wurde abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverbande einerseits und den Arbeitnehmerverbänden andererseits, nicht aber von den Arbeitnehmerverbänden unter sich. Rechte und Pflichten von Angehörigen eines Arbeitnehmerverbandes gegen Angehörige eines andern solchen Verbandes können deshalb aus diesem Vertrag nicht abgeleitet werden. Die Klage ist aber noch weiter gestützt auf die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die erste Gesetzesstelle bestimmt, daß wer vorsätzlich oder fahrlässig die Freiheit eines andern verletzt, diesem zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist. Nun kann es aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß durch das Verhalten der Beklagten, wobei das Gericht die klägerische Darstellung als vollständig richtig unterstellt, die freie Willensbestimmung der Kläger nicht verletzt worden ist, nachdem diese nicht zur Arbeitsniederlegung gezwungen wurden; sondern von dem Arbeitgeber Hubert entlassen wurden. Weist noch der letzte Klagegrund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß die Beklagten in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise den Klägern vorsätzlich Schaden zugefügt haben und

deshalb zum Schadenersatz verpflichtet sind. Darin aber, daß die Beklagten als freizorgianisierte Gewerkschafter nicht mit christlich organisierten Gewerkschaftern auf einem Arbeitsplatz zusammen arbeiten wollten und in Konsequenz dieses Willens die Arbeit niederlegten, kann ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht erblickt werden; denn es muß jedem Arbeiter das Bestimmungsrecht darüber zugebilligt werden, ob er und mit wem er zusammen arbeiten will. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Ausführung dieses freien Bestimmungsrechts dann gegen eine durch die guten Sitten gebotene Pflicht verstößt, wenn dadurch den Beinträchtigten die Erziehungsfähigkeit untergraben würde. Von klägerischer Seite konnte aber selbst nicht behauptet werden, daß die Kläger durch das Verhalten der Beklagten die Möglichkeit der Ausübung ihres Gewerbes verloren haben. Die Klage ist deshalb schon aus rechtlichen Erwägungen als unbegründet abzuweisen, ohne daß es auf die angebotenen Beweise noch anzukommen hätte. Kosten nach § 91 der Zivilprozeßordnung.

Wir hatten die Entscheidung des Amtsgerichts Nürnberg, die sich ja mit der des Landgerichts deckt, für richtig. Nach unserer Nürnberger Organisationsleitung können wir darin zustimmen, daß sie für maßvoll im Rechte war, als sie ein Einschreiten wegen der Arbeitsniederlegung bei Hubert ablehnte und den Standpunkt vertrat, daß die Schlichtungskommission für Streitigkeiten, die sich nicht zwischen organisierten Arbeitern und Unternehmern als Vertragskontrahenten abspielen, nicht zuständig ist. Wir wollen aber doch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne auch hier wieder zu sagen, daß wir die in der Arbeitsniederlegung bei Hubert zum Ausdruck gekommene Stellung unserer Nürnberger Kollegen den Christlichen gegenüber für einen schweren, fastischen Fehler halten. So, wie unsere Kollegen dort aufgetreten sind, sollte man den Angehörigen einer Organisation gegenüber, die für das Zustandekommen des gegenwärtigen Vertrages gemeinsam mit uns gekämpft hat, nicht auftreten, besonders dann nicht, wenn deren Mitwirkung an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in Zukunft durchaus im Interesse der Arbeiter liegt.

Gipser und Stukkateure.

Der Streit in Berlin dauert fort! Am 23. Mai fanden unter dem Vorhild des Magistrats Herrn v. Schulz Verhandlungen statt, die jedoch nicht als offizielle gelten sollten. Die Unternehmer gaben dabei folgende Erklärungen zu Protokoll: „Eine Verlängerung der Arbeitszeit wird von der Arbeitgeberorganisation insofern zugestanden, als eine solche mit 49½ Stunden pro Woche vom 1. Oktober 1913 bis 31. März 1915 und mit 48 Stunden pro Woche vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 eingeführt werden soll. Die sonstigen im bisherigen Tarifvertrage enthaltenen Bestimmungen über Arbeitszeit werden beibehalten. Die Arbeitszeit von acht Stunden reguliert sich so, daß von 8 bis 12 und 1 bis 5 Uhr gearbeitet wird.“ Die bisherigen Tagelöhne, die als Minimallohne bestanden, sollen zu Stundenlöhnen umgewandelt werden, die für Bauarbeiter bis 30. September 1913 91 ¢, von da bis 1. Oktober 1915 94 ¢, von da an 97 ¢ betragen sollen. Bisher bestand ein Tagelohn von M. 7,50 als Minimallohn. Für Werkstatthalter soll prozentual dieselbe Verbesserung erfolgen. Dann sollen Höchsthöhen festgelegt werden, die für Bauarbeiter M. 10 und für Werkstatthalter M. 6 und M. 6,50 betragen sollen. Bei Streitigkeiten innerhalb der Vertragsdauer soll das Einigungsamt endgültig entscheiden. Die Lösung des Arbeitsverhältnisses soll jederzeit erfolgen können. Bisher war dies nur am Abend zulässig. Ueberstunden, die bisher nicht ohne Genehmigung der Schlichtungskommission gestattet waren, sollen bis zu drei am ersten Tage auf Verlangen des Unternehmers gemacht werden müssen. Gieße Baubau, die nach dem verlossenen Vertrag gestellt werden mußte, soll nur bei vier Gehilfen verlangt werden dürfen. Beim jetzigen Vertragsabschluss soll das Einigungsamt über den Arbeitsvertrag endgültig entscheiden, wogegen der andere Teil des eventuellen Schiedsspruches nur Annahme oder Ablehnung stehen soll. Am 24. Mai hielten die Streitenden eine vollständige besuchte Versammlung ab, in der die Arbeitszeiterhöhung sofort gefordert und es abgelehnt wurde, bis zum vierten Jahre auf den Nachfundtag zu warten. Sollte eine Staffelung eintreten, so könnte die Viertelsunde nur im ersten Jahre anerkannt werden. Keinesfalls sind die Streitenden aber mit einem vierjährigen Vertrag einverstanden. Sollte ein dahingehender Schiedsspruch erfolgen, so müßte er, um auf Annahme rechnen zu können, was Lohn und Arbeitszeit betrifft, den Forderungen der Arbeitnehmer bedeutend näherkommen, als es zurzeit die Unternehmer wollen. Ein Höchstlohn soll nicht anerkannt werden. Die Ueberstundenfrage soll wie im alten Vertrage belassen werden, da Unzulänglichkeiten nicht entstanden sind. Die Ruhe soll auf dem Bau wie bisher gestellt werden. Das Einigungsamt soll jetzt nur dann über den Tarifvertrag endgültig entscheiden, wenn die bisher nicht tarifierten ausgetasteten Leisten und Kanten abgenommen werden und die sonstigen Forderungen einer eingehenden Beratung unterliegen. Die Versammlung hielt eine Verhandlung vor dem Einigungsamt nur für erforderlich, wenn die Verschlechterungen gegenüber dem alten Tarif ausgeglichen werden und die Arbeitszeiterhöhung anders geregelt wird. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heute versammelte Stukkatoren lehnen nach Kenntnisnahme die Vorschläge der Unternehmer als ungenügend ab und werden einen Spruch des Einigungsamtes nur anerkennen, der in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn bedeutend über die gemachten Vorschläge hinausgeht. Sie verpflichten sich, so lange auszuharren, bis die gewünschten Veränderungen eintreten.“

Ueber die Firma Dietrichsen in Flensburg mußte die Sperre verhängt werden, weil am 25. Mai der fällige Lohn nicht gezahlt wurde. Die Stukkatoren hatten schon einige Tage mit der Arbeit ausgehört, weil Differenzen entstanden waren. Als sie nun nach langen Suchen — weil Dietrichsen den Bescheid hinterlassen hatte, er sei verreist — diesen nebst Gemahlin am Strande der Flensburger Bucht fanden, erklärte der Herr in aller Gemütsruhe, auf eine Lohnzahlung nicht eingerichtet zu sein. Ob der Bohrausfall auf Schiffe oder auf Geldverlegenheit zurückzuführen ist, bleibt es für die Arbeiter

immerhin ein schlechter Trost, wenn Dietrichsen ihnen empfahl, „nach dem Pfingstfeste einmal wieder vorzukommen“. Diese rigorose Handlungsweise des Firmeneinhabers war die Veranlassung, daß von unsern Kollegen die Sperre über das Geschäft verhängt wurde. Die Firma hat Arbeiter außer in Flensburg auch in Westerland auf Sylt. Zugung von Stukkatoren ist nach diesen Arbeitsplätzen streng ferngehalten.

In Kempten haben die Gipser und Stukkateure, da die Lohnverhältnisse sehr verschieden waren, bereits früher den Versuch gemacht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzulegen, was ihnen aber wegen der schlechten Organisationsverhältnisse bisher leider nicht möglich war. Da gegenwärtig die Konjunktur für die Gipstranche in Kempten eine gute ist und die Gipser sowie Stukkateure bis auf den letzten Mann bei uns organisiert sind, wurde in einer Sektionsversammlung beschlossen, den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: Der Stundenlohn für Stukkateure beträgt 67 ¢, für Gipser 62 ¢. An Zuschlag für Ueberstunden sollen 10 ¢, und für Nacharbeit 20 ¢ bezahlt werden. Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sollen mit 100 pzt. Zuschlag entschädigt werden. Ebenfalls soll bei auswärtigen Arbeiten ohne Uebernachten nebst freier Fahrt 50 ¢ und, wenn Uebernachten notwendig, M. 1,50 pro Tag sowie einmalige Hin- und Rückfahrt vergütet werden. Die übrigen Forderungen sind dem für das Baugewerbe 1910 abgeschlossenen Tarif angepaßt. Diese Forderungen wurden sämtlichen Unternehmern, die Gipser und Stukkateure beschäftigen, zugefächelt. Die Unternehmer, in der Meinung, die Organisationsverhältnisse der Arbeiter seien dieselben wie früher, gaben auf diese Forderung nicht einmal eine Antwort. In einer am 17. Mai abgehaltenen Versammlung, in der zu dem Verhalten der Unternehmer Stellung genommen wurde, wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß, wenn die Unternehmer es ablehnten, mit den Organisationsvertretern über die gestellten Forderungen zu unterhandeln, dann am 23. Mai an sämtlichen Bauten die Arbeit eingestellt werden solle. Dieser Beschluß schänte die Unternehmer eines Besseren belehrt zu haben; denn bereits am 21. Mai ließen sich mehrere Unternehmer mit der Zweigvereinsleitung in Unterhandlungen ein und erklärten sich zum Abschluß eines Tarifs bereit, wenn die gestellten Forderungen um 2 ¢ pro Stunde reduziert würden. Am 22. Mai nahmen dann die Kollegen in einer Versammlung zu dem Angebot der Unternehmer Stellung. Nach längerer Beratung wurde auf Vorschlag des Kollegen Wädelmann beschlossen, dem Angebot zuzustimmen. Die Kollegen Wädelmann und Heis wurden beauftragt, auf Grund dieses Angebots mit den Unternehmern den Vertrag abzuschließen. Da nun ein Teil der Unternehmer nicht organisiert ist, mußte mit jedem einzelnen verhandelt werden. Das Resultat dieser Verhandlungen war dann, daß alle Unternehmer bis auf zwei (Mablener und Menninger) den Tarif unterzeichneten. Baummeister Mablener war verreist, so daß eine Aussprache nicht erfolgen konnte, und Menninger meinte anfangs, er werde sich Italiener kommen lassen. Als er aber darauf aufmerksamer gemacht wurde, daß die in Betracht kommenden Zentren alle organisiert seien und wir dafür sorgen werden, daß sie keine Streikarbeit ausführen, erklärte Menninger, er wolle sich die Sache noch ein paar Tage überlegen und, wenn Mablener zurückkomme, mit diesem Rücksprache nehmen. Wenn der bewilligte, werde er sich auch nicht weigern. Mablener dürfte sich nicht weigern, den Tarif anzuerkennen. Sollte es anders sein, so wird bei diesen Firmen mit Sperren vorgegangen werden. Die Stukkateure und Gipser haben durch ihr Vorgehen in Kempten einen guten Erfolg errungen. Bisher wurden Stundenlöhne von 50 bis 65 ¢ bezahlt, der durchschnittliche Stundenlohn war 57 ¢. Nach dem jetzt abgeschlossenen Vertrag beträgt der Lohn für Gipser 60 ¢ und für Stukkateure 65 pro Stunde. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 25. Mai 1915. — Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, hat Mablener bewilligt. Menninger weigert sich trotzdem zu bewilligen. Ueber sein Geschäft ist die Sperre verhängt.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Die Gewerkschaften der Bauarbeiter in Grossbritannien.

Der vor kurzem erschienene 17. Band der amtlichen britischen Gewerkschaftsstatistik zeigt, daß der Mitgliederückgang der Bauarbeitergewerkschaften auch bis zum Schlusse des Jahres 1910 noch anhält. Den höchsten Gesamtmitgliedsstand, 254 112, hatten die Organisationen der Bauarbeiter 1900 erreicht; seit 1901 herrschen ununterbrochen Mitgliederverluste vor und Ende 1910 wurden nur mehr 155 923 organisierte Bauarbeiter aller Berufe gezählt. Schild an dieser Schwächung der Gewerkschaften trägt vor allem das Niedrigerliegen der Bautätigkeit während des letzten Jahrzehnts; erst 1911 haben sich die Verhältnisse ein wenig gebessert. Dazu kommt, daß in den Verbänden der gelernten Bauarbeiter die Beiträge meist sehr hoch sind, was einen starken Mitgliederzuzug abhält, sowie daß die Agitation nicht rege genug betrieben wird. Man wartet gewöhnlich auf die Mitglieder, die selbst zum Verbände kommen, statt zu den Unorganisierten hinauszugehen und für den Verband zu werben.

Ein arges Hindernis einer gedeihlichen Entwicklung ist ferner die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte. Die Zahl der selbstständigen Bauarbeitergewerkschaften nahm zwar von 128 im Jahre 1901 auf 68 im Jahre 1910 ab — also fast um die Hälfte —, aber die Zahl der kleinen Organisationen, die keinen wirtschaftlichen Einfluß ausüben können, ist noch immer groß. Von den 68 Bauarbeitergewerkschaften hatten 52 weniger als je 1000 Mitglieder (zusammen 15 023), neun Organisationen hatten je 1000 bis nicht ganz 3000 Mitglieder (zusammen 16 785), drei Verbände hatten je über 5000 bis nicht ganz 8000 Mitglieder (zusammen 19 280), zwei Verbände hatten über 10 000 bis nicht ganz 15 000 Mitglieder (zusammen 25 816), und nur

bei zwei Verbänden überstieg die Mitgliederzahl 20 000; zusammen hatten diese beiden stärksten britischen Bauarbeitergewerkschaften 79 069 Mitglieder oder 51 pZt. der Gesamtzahl. Nach Berufen verteilten sich die britischen Bauarbeiterorganisationen und ihre Mitglieder in den Jahren 1901, 1906 und 1910 wie folgt:

Berufe	1901		1906		1910	
	Organi- sationen	Mit- glieder	Organi- sationen	Mit- glieder	Organi- sationen	Mit- glieder
Maurer	17	87147	15	61154	11	35965
Zimmerer	5	83745	4	78434	5	65436
Stukkateure	4	12194	6	9993	5	7903
Installateure	8	12535	4	19422	3	11875
Maler	25	24230	13	22136	12	20031
Hilfsarbeiter	57	87526	48	16494	19	12217
Andere Berufe	17	4349	12	3020	13	2496
Zusammen	128	241726	102	193353	68	155923

Die größte Verringerung der Zahl selbstständiger Organisationen erfolgte 1907 durch die Verschmelzung von 23 Lokalvereinen der Bauhilfsarbeiter zu einem Verband, der den Namen National Association of Builders' Labourers führt. Zu existieren aufgehört haben in den Jahren 1907—1909 zehn Bauhilfsarbeitervereine, darunter einer, der erst 1908 gegründet wurde. Nächste den Bauhilfsarbeitern haben die Maler die meisten Organisationen; eine Verschmelzungsbewegung fand in diesem Berufe 1901—1905 statt, als sich 13 Organisationen dem englischen Malerverbande angeschlossen. Bei den Maurern ergab sich seit 1901 eine Verminderung der selbstständigen Organisationen um sechs; vier Lokalvereine schlossen sich Verbänden an, drei hörten zu bestehen auf und ein Lokalverein wurde 1906 neu gegründet. Die Zimmerer hatten seit vielen Jahren drei Verbände und einen Lokalverein, wozu 1907 noch ein Lokalverein kam, der es schon auf 20 Mitglieder gebracht hat. Dagegen verschmolz sich 1911 einer der kleineren Verbände mit der großen Amalgamated Society of Carpenters usw. In Ausführung eines Beschlusses des Gewerkschaftskongresses zu Newcastle wurde nach Ostern d. J. in London eine Konferenz der Bauarbeitergewerkschaften abgehalten, um über die Bildung eines Einheitsverbandes zu beraten. Auf der Konferenz traten wohl noch gegensätzliche Anschauungen zutage, aber die Stimmung ist für die Verschmelzung weit günstiger als vor einigen Jahren. Zu bindenden Beschlüssen kam es diesmal noch nicht. — Weibliche Mitglieder haben die Bauarbeitergewerkschaften nicht, da in Großbritannien auf Bauten keine Frauen beschäftigt werden.

Im Maurergewerbe waren von den Ende 1910 existierenden elf Gewerkschaften sechs Verbände mit Ortsgruppen und die übrigen Lokalvereine. Über 1000 Mitglieder hatten jedoch nur drei Verbände, von denen die Operative Bricklayers' Society die bedeutendste Organisation ist. Sie wurde 1848 gegründet, hatte aber 1869 erst 2020 Mitglieder, 1879 5874, 1890 12740 und 1900 38830. Im letzten Jahrzehnt ging die Mitgliederzahl ununterbrochen zurück, und zwar von 38743 1901 auf 31267 1906 und 23284 1910. Die Zahl der Ortsgruppen des Verbandes verringerte sich von 376 1900 auf 328 1910. Seit 1901 sanken auch die Einnahmen ununterbrochen von £ 60 228 (zu je £ 20 im Wert) auf £ 47841 1910. Die Ausgaben gingen nicht ununterbrochen und nicht so beträchtlich zurück wie die Einnahmen; im letzten Jahrzehnt waren sie 1905 am höchsten (£ 67 127) und 1909 am niedrigsten (£ 60 013); 1910 betrugen sie £ 53 609. — Die Verteilung der Ausgaben zeigt die folgende Tabelle.

Jahr	Streik- Ausser- Unterstütz.	Reiso- unter- stütz.	Kranken- und Unfall- unterstütz.	Alters- unter- stütz.	Sterbe- geld	Sonstige Ausgaben
Beträge in Pfund Sterling (£ s. d.)						
1901..	15094	782	24348	1010	4146	16995
1902..	2098	742	26557	1808	4339	16462
1903..	1465	815	27845	2441	4057	16612
1904..	6571	1597	30137	3071	4036	16524
1905..	9396	2010	30520	3991	4559	16651
1906..	762	1480	29732	6086	3965	15432
1907..	677	1305	29908	8765	4138	14591
1908..	758	1594	31816	10552	4137	15589
1909..	335	1020	23371	8789	4142	12386
1910..	1389	594	24724	12501	3799	10602

Diese Zahlen sind in mancher Beziehung interessant. Sie zeigen vor allem, daß seit dem Einsetzen der schweren Wirtschaftskrise die Ausgaben für Arbeitskämpfe sehr gering waren; nur 1904 und 1905 stiegen sie vorübergehend an. Die Ursache davon war, daß wenig Aussicht bestand, gewerbliche Bewegungen mit Erfolg durchzuführen. Andererseits ist zu erkennen, daß trotz des starken Mitgliederdrückgangs die Ausgaben für Kranken- und Sterbegeld bis 1908 überhaupt nicht sanken; 1909 und 1910 waren sie noch immer so hoch wie zu Beginn der Berichtszeit. Das beweist, wie arg die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter in Krisenperioden vermindert wird. Die Altersunterstützung ist bereits eine schwere Last für den Verband geworden; besonders deshalb, weil der Zuzug jüngerer Mitglieder schwach ist. — Von den übrigen Maurerverbänden erlitt die Operative Stonemasons of England and Wales im letzten Jahrzehnt den größten Mitgliederverlust. Dieser Verband hatte 1900 14 419 Mitglieder, 1910 aber nur mehr 7055.

Der Zentralverband der Stukkateure (National Association of Operative Plasterers) ging von 11 099 Mitgliedern 1900 auf 6329 Mitglieder 1909 zurück; 1910 nahm er auf 6522 Mitglieder zu. Die Einnahmen der

Hauptkasse dieses Verbandes stiegen von £ 18 968 1901 auf £ 16 925 1903; dann gingen sie auf £ 10 286 1907 zurück und stiegen 1908 auf £ 11 843, um nachher wieder auf £ 10 581 1910 zurückzugehen. Die Ausgaben bewegten sich in den einzelnen Jahren zwischen £ 9814 1901 und £ 14 885 1905; 1910 betrugen sie £ 9845. In den Jahren 1903 und 1905 wurden die höchsten Beträge (£ 6627 und £ 9798) für Arbeitskämpfe ausgegeben; in den andern Jahren erforderte die Krankenunterstützung die höchsten Summen.

Die Bauhilfsarbeiter Großbritanniens haben zwar außer 13 Lokalvereinen auch sechs Verbände, doch zählte deren stärkster (Navvies, Builders' Labourers usw.) im Jahre 1910 nur 2491 Mitglieder. Die 1907 gegründete National Association of Builders' Labourers hatte 1910 2312 Mitglieder. Der Mitgliederstand der General Labourers' Amalgamated Union ging von 7244 1900 auf 1832 1910 zurück, der Mitgliederstand der United Builders' Labourers von 9700 im Jahre 1900 auf 1905 Ende 1910.

H. F.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen faßlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bergeborf. Am 17. Mai hatte der Kollege W. Siebert Reparaturarbeiten in einem Hause in der Kampstraße auszuführen. Hierbei ist er, da er auch am Ziel zu tun hatte, mit dem Kopf nach unten in den Giebelstich gestürzt. Der Mauerstichling bedeckte ebenfalls abmangelnd den Stützpunkt, am andern Morgen wurde der alte Kollege von seinem Meister entsetzt aus dem Stützpunkt herbeigezogen.

Schemitz. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 22. Mai auf dem Neubau der Heilighofen Ziegelei in Borna. Dort ist ein neuer Schornstein errichtet worden, bei dem jetzt der Mantel inwendig aufgemauert wird. Die Arbeit ist bis zu einer Höhe von 10 m geblieben. Das Material wird mittels eines Seiles hochgezogen. Dieses Seil ist nun schon lange in solch defektem Zustande, daß es die Arbeiter längst nicht mehr zum Aufsteigen benutzen wollten, doch der Unternehmer war immer der Meinung, daß das Seil schon noch bis zur Fertigstellung des Schornsteins halte. Als nun wieder Ziegelfeine aufgezogen wurden, riß das Seil und die abfallenden Steine zerlegten einem Gendarmen das Schulterblatt und fügten ihm noch andere Verletzungen zu. Es sei noch bemerkt, daß dies Seil überhaupt nicht als Aufzugsseil benutzt werden durfte, weil es nur ein Ständradseil war, wie solche bei Aufzugsarbeiten als Reifseil benutzt werden. Noch am Unfalltag war der Unternehmer Georg Richter auf die Beschaffenheit des Seiles aufmerksam gemacht worden.

Coblenz. Am 20. Mai verunglückte der Hilfsarbeiter Carl Beringer auf dem Neubau Hühnerhof der Firma Hügers von Coblenz. Beringer, der mit Steintragen beschäftigt war, stürzte von einer Lauplanke ab und zog sich eine Verletzung im Kreuze zu, so daß er bewußtlos vom Bauplatz getragen werden mußte. Der Unfall wäre sicher zu vermeiden gewesen, wenn dem Hilfsarbeiter gleich ein vorrichtsmäßiger Gang gemacht worden wäre; aber erst nachdem einer abgestürzt war, wurde die Prüßige gemacht. Dieser Vorfall mag den Kollegen eine Warnung sein, beim Gerüstbau u. dgl. recht vorsichtig zu sein, wenn es auch der Firma mitunter etwas zu lange dauert. Es gilt unser Leben und unsere Gesundheit zu schützen, und da darf schließlich keine Rücksicht auf die Profitgier eines Unternehmers genommen werden.

Cöln. (Eine Einsturzkatastrophe.) Ein furchtbares Unglück hat sich am 24. Mai auf dem Grundriß Friesenwall 96/98 ereignet. Dort ist nachmittags kurz vor 2 Uhr der höckerartige Lagerstapel der Eisen- und Metallwarengeschäftshandlung eingestürzt. Zwei Arbeiter sind unter den Trümmern begraben worden und konnten nur als Leichen herausgeschafft werden. Gegen 1½ Uhr wurden die Nachbarn durch ein gewaltiges Krachen und Rollen aufgeschreckt. Eine dicke Staubwolke quälte über den Hofraum, und da, wo bisher der Lagerstapel gestanden hatte, sah man einen riesigen Trümmerhaufen. Gleiches wurde die Feuerwehr alarmiert, die binnen wenigen Minuten eintraf. Sie fand auf der Unglücksstelle einen Arbeiter, der leicht verletzt war. Er wurde sofort in einem der Krankenwagen nach dem Bürgerhospital gebracht. Es ist der 32 Jahre alte Gerhard Hüßmann. Er war aus dem Schuppen gelaufen, als er das Brechen der Balken hörte, wurde aber von einem der nachstehenden Eisenstäbe am Bein getroffen und erlitt eine Fleischwunde. Nach seinen Angaben wurde festgestellt, daß die Lagerarbeiter Josef Deutz und Karl Blum unter den Trümmern begraben worden waren. Ein Trupp von 25 Feuerwehrleuten begann sofort mit den Aufräumarbeiten. Ihnen eilte in kurzer Zeit eine halbe Kompanie der 7. Pioniere zu Hilfe, außerdem noch eine Anzahl von Arbeitern der Firma Hüßmann und schließlich mehrere Brüder der Erblagerer. Einer der Toten konnte gegen 3 Uhr unter den Trümmern gesehen werden; es ist aber bis zum späten Abend nicht gelungen, ihn herauszuholen. Wo der zweite tote lag, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Arbeiter bewachten die ganze Nacht durch; um 9 Uhr folgte eine Ablösung der Bergungsmanuskripten. An der Trümmerfläche fanden sich die Hinter der beiden Toten mit ihren Angehörigen ein, sie weinten mitteilend über die in so blühendem Alter dahingekrafteten Söhne. Der verunglückte Blum sollte sich jetzt zur militärischen Musterung stellen. Erst am andern Morgen gegen 3½ Uhr ist es gelungen, die Leiche des einen und gegen 4 Uhr die des zweiten Mannes unter den Trümmern herbeizubringen und zu bergen. Beide Arbeiter sind von den einstürzenden Eisenmassen förmlich erschlagen worden. Aus den erlittenen Verletzungen kann

man den Schluß ziehen, daß sie unmittelbar nach dem Unglück gestorben sind und so ihnen ein qualvoller Tod erspart geblieben ist. Am größten war der Körper des Arbeiters Josef Deutz zugerichtet, dem u. a. ein Arm fast völlig abgequält worden war. Beiden Männern war der Brustkorb eingebrückt. Die Leichen der beiden Bauern wurden Opfer der Katastrophe, sind zum Friedhof Melaten gebracht worden. In dem Schuppen befanden sich etwa achtzig Doppelzentner Stabeisen, die beiseite geschafft werden mußten, außerdem war das eingestürzte Mauerwerk wegzuräumen. Der Lagerstapel war etwa 10 m hoch und 30 m lang. Seine Frontmauer, die an der Erde einen halben Meter dick war, ist in der ganzen Länge nach außen hin eingestürzt. Die Anordnung der im Innern aufgestellten Eisenstangen verschiedener Größe war so getroffen, daß die langen Stangen an träglichen Holz- und Eisenpfählen in Bündeln zu 20 und 30 Stück aufrecht standen. Die Neigung der Stangen ging auf die Frontmauer zu, weshalb sich der Laie den Einsturz so erklärte, daß die Frontmauer dem jahrelangen Druck nicht standgehalten hat und nachgab. Durch den Durchbruch an einer Stelle stürzte natürlich die ganze Front ein, was zur Folge hatte, daß der ganze Schuppen wie ein Kartenhaus ineinanderfiel. Mit welcher Wucht die Trümmer zusammengebrochen sind, ging daraus hervor, daß zwei davon getroffene Eisenstangen mitten durchgeknickt waren.

Demmin. Am 18. Mai verunglückte auf unserm Verlangen unser Kollege Wilhelm Schröder. Er wollte einen Notausgang benutzen, wobei er mit dem Treppengeländer, das aus zwei hölzernen Auslegern bestand und das im Laufe der Jahre schon marodiert worden war, herunterbrach. Außer einem linken Unterarmbruch zog er sich noch mehrere größere Verwundungen im Gesicht zu.

Essen a. d. R. Am 22. Mai kam auf der Baustelle Diehl, Zeche „Geleu-Almte“, der Bauhilfsarbeiter Gustav Immatadi dadurch zu Tode, daß er zwischen die Räder zweier Eisenbahnwaggons geriet.

Gelsenkirchen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 20. Mai an einem Neubau in der Nähe der Zeche „Alma“. Der fünfundsiebzigjährige Handlanger Albert Kobalski bekam beim Ziegelfeintragen auf der Baustelle ein Übergewicht und stürzte aus der Höhe der dritten Etage ab. Er wurde mit geschmetterten Gliedern aufgeschoben. Kobalski starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Er hinterläßt eine Frau mit vier unmündigen Kindern. Auch der Maurer Weber, der durch die herabfallenden Ziegelfeine am Kopf schwer verletzt wurde, mußte sich zum Krankenhaus begeben.

Hagen i. W. Am 22. Mai ist ein am Erweiterungsbaue der Wippermännchen Fabrik in Delftern beschäftigter Maurer abgestürzt. Er erlitt schwere Verletzungen; die seine Aufnahme ins städtische Krankenhaus notwendig machten. Vom Dach gestürzt ist am 21. Mai in Galden ein Dachbeder, der mit Ausbesserungsarbeiten bei der Firma Knippelsch & Wodmann beschäftigt war. Der Verunglückte brach den linken Oberarm.

Hamburg. Am 18. Mai stürzte am Schusterbath 10 bei einer Reparaturarbeit der Klempnermeister Jahn ab. Er war sofort tot. — Am 21. Mai stürzte auf dem Gaswerk der Maurer Hermann beim Schornsteinbau ab. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde ins Patientenhaus befördert. Der Verunglückte wollte einen Laten befestigen, wobei er das Gleichgewicht verlor. Leider belegen unsere Vorschriften nichts über den Schutz bei derartigen gefährlichen Arbeiten; es läßt sich aber doch, um solchen Unfällen vorzubeugen, Schutz schaffen, indem das Gerüst gleich beim Aufsteigen um ungefähr 80 cm unter die Oberkante des Mauerwerks gelegt wird, so daß das Mauerwerk eine Art Brüstung bildet. — Am 24. Mai stürzte an dem Bau Ede Maria-Koufen-Etage und Glärdstraße im Treppenhaus das Gerüst zusammen. Ein Arbeiter wurde hierbei verletzt und in seine Wohnung geschafft. Die schwache Konstruktion des Gerüsts war die Ursache des Unfalles. Hier sind die Polizei nicht von Schuld frei, diese hätten das Gerüst, ehe es benutzt wurde, unbedingt nachsehen müssen. — Am 22. Mai stürzte in Wandsbef. Ede Feld- und Margarethenstraße, das Gerüst im Lichtbühnen. Hierbei wurden die Gebrüder Thomjen, der eine leicht und der andere schwer verletzt. Beide wurden ins Krankenhaus transportiert. Hier war ebenfalls die Mangelhaftigkeit des Gerüsts mit der leibigen Ursache des Abwärtens der Steine auf das Gerüst die Ursache des Unfalles. — Am 24. Mai passierte auf dem Marmortier am Jenseitsweg in Wandsbef ein tödlicher Unfall. Die Zimmerer waren mit dem Transport eiserner Säulen beschäftigt. Ein solcher Kippe um und traf den Zimmerer J. Gühne. Dieser wurde ins Krankenhaus transportiert, wo der Unglückliche tags darauf seinen Verletzungen erlag. Am selben Tage stürzte auf dem Bau der Gartenabteilstadt der Klempner Dreus vom Dach ab. Er erlitt einen Beinbruch und wurde nach Hamburg ins Krankenhaus geschafft. Die Unfälle beweisen, daß unsere Hamburger Bauarbeiter alle Ursache haben, bei der Arbeit die größte Vorsicht zu üben. Sind die Gerüste oder das Material nicht den Vorschriften entsprechend, so müssen sie die Arbeit auf solchen ungenügenden Gerüsten vermeiden. Niemand kann uns zwingen oder uns auch nur zuzumuten, schlechte Gerüste zu benutzen. Die Pflicht eines jeden Bauarbeiters ist es auch, mit über die Handhabung der Vorschriften, betreffend Bauarbeiterarbeit, zu wachen. Die besten Vorschriften können uns nicht die Gewähr der Sicherheit bieten, wenn die Arbeiter nicht selbst für ihre Durchführung eintreten.

Leipzig. Auf dem Neubau Schöding in Connewitz, Schöffelstraße, riß am 21. Mai bei dem Kalboinden das Draßseil. Von dem herabstürzenden Lastgöbel wurde der Kollege Fötsch schwer verletzt. Mittels Automobils wurde er ins Krankenhaus geschafft. — Auf einem Neubau in der Brandstraße fiel am 20. Mai der Arbeiter Kohnan infolge eines Fehltritts etwa 3 m von einer Leiter herab und brach den linken Unterarm. Er wurde ins Krankenhaus geschafft. — Am dem Neubau Ede Markt und Vorfahrtstraße wurde am 20. Mai eine Frau von einem Balken, der von einem Wagen fiel, verletzt. — Am 22. Mai stürzte an dem Neubau des Unternehmers Günther in L. Gohlis, Schölingweg, das Gerüst, das zum Anbringen der Dachrinne gebaut war, zusammen und riß zwei Klempner mit in die Tiefe. Wegen der erlittenen Ver-

Lehungen mußten beide in das Krankenhaus geschafft werden. Der Klempner Bauhoff starb jedoch kurz nach der Entlassung.

Stöcker i. Ofr. Am 23. Mai erlitt der Bauhilfsarbeiter Friedrich Stoll an einem Neubau in der Seminarstraße einen Unfall. Als er im Begriff war, eine Leiter aufzustellen, fiel ihm ein Stück Ziegel auf den Kopf, so daß er eine tiefe Wunde davon trug. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Ein Verschulden an diesem Unfall ist niemand zuzuschreiben.

Pirna. Zu dem Unfall auf der Baustelle des Kraftwerkes der Elbzentrale, über den wir in voriger Nummer berichtet haben, ist noch mitzuteilen, daß die beiden Verschütteten, Schuster aus Dresden und Klemm aus Sebnitz, leider nicht lebendig geborgen werden konnten. Sie wurden nach fast vierstündiger gefährlicher Arbeit am 27. Mai tot geborgen. Schon am Mittag des Unfalltages trafen von Dresden Mannschaften des dortigen 12. Pionierbataillons, der 1. und 3. Kompanie, unter Führung eines Oberleutnants ein. Sie begannen sofort neben der Unfallstelle mit dem Bau eines Schachtes, um zu den Verschütteten zu gelangen. Die Arbeiter der Pirna Bahy & Freytag versuchten inzwischen die Rettung auf anderem Wege. Sie entkamen zunächst nach gelöster Sicherung des ganzen Einbruches der Erdmassen, von denen etwa 600 bis 700 cbm niedergegangen waren. Soweit sich bis jetzt feststellen ließ, soll die Bauleitung kein Verschulden treffen. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Erschütterung durch den sehr regen Bahndverkehr Pirna-Dresden mit zu dem bedauerlichen Unfall beigetragen hat.

Stuttgart. Bei den Abrucharbeiten der Dragonerkaserne fiel am 18. Mai einem Hilfsarbeiter ein Balken auf die rechte Schulter. Er erlitt innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Am 21. Mai ereignete sich in der Magatzstraße ein schwerer Unglücksfall, der den plötzlichen Tod des neunjährigen Kollegen A. Schmeizer zur Folge hatte. Mehrere Arbeiter waren mit Blöcken eines 22 m langen Stangenbaumes beschäftigt, der auf einem zweistöckigen Handkarren transportiert wurde. Als der Karren, während der Ständer durch die Arbeiter mit der Schulter gebogen wurde, weggeschoben war, wurde die Last zu Boden geworfen, und dabei der Arbeiter Sch. mitgerissen. Er erlitt eine Verrenkung des Rückgrats. Dieser Unfall dürfte als Warnung dienen, daß bei solch schwierigen Arbeiten nur erfahrene und saubere Arbeiter verwendet werden dürfen. Durch Nichtbeachtung dieses ist ein Menschenleben geopfert worden.

Faucha. Am 13. Mai verunglückte am hiesigen Amtsgerichtsneubau der 56 Jahre alte Maurer Theodor König aus Fossa bei Eilenburg. König war beim Aufziehen von Eisenträgern beschäftigt. Beim Wenden des aufgezogenen Trägers brach ein Holz. König kam zu Fall. Er wollte sich an drei noch nicht befestigten T-Trägern festhalten, die er im Fall mit hinabfiel, und unter die er zu liegen kam. Mit schweren inneren Verletzungen wurde König in das Leipziger Krankenhaus geschafft, wo er am 14. Mai um 10 Uhr gestorben ist. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, läßt sich zurzeit noch nicht sagen, da die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchung noch nicht abgeschlossen hat.

Unfälle über die uns nicht berichtet wurde. Am 9. Mai stürzte in Frankfurt a. M. ein Stukateur von einem Neubau ab. Er trug schwere Knochenbrüche und innere Verletzungen, die seine sofortige Überführung ins Krankenhaus erforderlich machten. Am 10. Mai stürzte an einem Neubau in Dortmund am Hadlenderplatz die Wiebelschule ein und verschüttete die Maurer Heinrich Bode und Heinrich Brüggemann. Ersterer erlitt hierbei einen Bruch des linken Oberarmes und letzterer einen Oberarmbruch und Knochenbruch schwere innere Verletzungen. Beide Verletzten wurden ins Brüderhofspital geschafft.

An einem Neubau der Westpromenade in Sten dal stürzte am 10. Mai ein Maurer infolge Fehltritts aus der Höhe eines Stockwerks herab und erlitt einen Rippenbruch. Auf dem Bahnhof Mühlberg bei Fallenberg sollte während des Umbaus des Personenbahnhofes zum Schutz des Publikums eine 70 m lange provisorische Einfahrtshalle aus Holzkonstruktion errichtet werden. Schon waren die Böcher für den neuen Standort der Säulen angebracht, als am 10. Mai plötzlich die Halle in sich zusammenstürzte. Die Arbeiter kamen mit dem bloßen Schreck davon. Auf dem Neubau der Wiesensburger Bezirksanstalt stürzte am 11. Mai der Arbeiter Herrn. Schumann beim Abbrechen eines Gerüsts mit einem Pfosten in die 5 m tiefe Baugrube. Er erlitt schwere Verletzungen; die Rippen drangen ihm in Herz und Lunge ein, so daß er alsbald starb. Beim Abrücken hatte Schumann drei andere Arbeiter mit in die Tiefe gerissen; diese kamen aber mit leichten Verletzungen davon. Auf der Friedrichs-Friedrich-Hütte in Rheinhausen fiel am 12. Mai ein glühender Eisenblock in den sogenannten Tiefen. Der im Keller beschäftigte Maurer Baridon aus Friedersheim wurde von den umherprühlenden glühenden Eisenteilen am ganzen Oberkörper und im Gesicht schwer verwundet. Wahrscheinlich wird der Verunglückte, wenn er mit dem Leben davonkommt, auf beiden Augen erblinden. Auf dem Grundstück Gärtnerei 55 in Hamburg sollte ein eiserner Schornstein verlängert werden, der zu diesem Zweck mit einem Leitergerüst umgeben war. Am 14. Mai riß ein Windstoß den Aufbau um, und zwei Sandarbeiter, die dort beschäftigt waren, stürzten in die Tiefe. Der eine kam ohne wesentliche Verletzungen davon, der zweite erlitt eine Kopfverletzung und wurde durch Beamte der Feuerwehrgesellschaft in seine Wohnung auf der Weddel gebracht. Ein Maurer, der in Meiningen im Hausflur einer Wirtschaft der Kremsholzerstraße Arbeiten verrichtete, stürzte vom Gerüst über das Treppengeländer und schlug mit dem Kopf auf einen Balken auf. Schwer verletzt wurde er mittels Krankenwagen dem Krankenhaus zugeführt. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. In Krotzschin ist am 16. Mai das Hinterhaus auf dem Grundstücke des Klempnermeisters Jöcher eingestürzt. Der Schornsteinmacher Wiesner wurde unter den Trümmern begraben; er hat aber nur anscheinend geringe Verletzungen erlitten. Bei Erdarbeiten im Hofe gerieten die Grundmauern ins Wanken. Am 15. Mai stürzte am Stahlwerkneubau in Welsper der Arbeiter Hans Meander, 8 m hoch ab und war sofort

tot. Aus einer Höhe von 8 m stürzte am 16. Mai an einem Neubau in Weidhausen der Maurer Magnus Richter ab. Er trug schwere Verletzungen davon. Auf seinem Grundstücke in der Wilhelmstraße in Stahlfurt stürzte am 17. Mai der Maurer Hermann Schulze von einem Gerüst in den Keller. Er lag durch den Fall derartige Verletzungen auf, daß er an den Folgen im Krankenhaus starb. Der Maurer Adam Grobe fiel an dem Neubau der Witwe Ruck von einer circa 4 m Höhe so unglücklich herab, daß er einen Bruch des rechten Schließbeines, eine Gehirnerschütterung und eine Menstruationsdilatation davontrug. Der 20 Jahre alte Zimmermann Schumann aus Wylra stürzte am 20. Mai von einem Neubau in Born a herab, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf im Stadtkrankenhaus starb. Beim Bau eines Eisenbahn-Beamtenhauses in Schwientochowitz ist der Maurer Franz Böhmler abgestürzt. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes.

Aus Unternehmerkreisen.

Rüstungen der Unternehmer im Baugewerbe.

Folgendes Rundschreiben wurde vom Kölner Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an die Kölner Unternehmer und sonstigen Interessenten verabschiedet:

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln am Rhein und Umgebung in Köln (E. B.).

Geschäftsstelle: Hoffhäuserstraße 13.

Köln, Datum der Post.

Sehr geehrter Herr!

Am 31. März 1912 ist im ganzen Deutschen Reich der Abfahrstermin der im Jahre 1910 getätigten Tarifverträge für das Baugewerbe. Dieser Umstand kann sehr leicht Veranlassung zu ganz erheblichen Störungen in allen Zweigen des Baugewerbes sein, da die Gewerkschaften sich, wie aus deren Presse zu ersehen ist, mit unermüdlichem Eifer auf einen großen Kampf vorbereiten. Die Bauarbeitgeber haben nun alle Ursache, sich vorzusehen. Es liegt in Ihrem eigenen Interesse sowohl als auch im Interesse aller Beteiligten, daß Sie jetzt schon

1. Ihre Bauherren, Architekten und sonstigen Interessenten auf die außerordentlich kritische Lage, in der sich das Baugewerbe aller Voraussicht nach im Frühjahr 1912 befinden wird, aufmerksam machen und dieselben dringend bitten, für diese Zeit etwa geplante Bauten vor diesem Termin zur Fertigstellung zu bringen und auf die Lage ganz besonders Rücksicht zu nehmen;

2. Ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen und darauf achten, daß in alle Verträge über Leistungen und Lieferungen folgendes aufgenommen wird:

Bei eintretenden Streiks oder eintretenden Ausperrungen werden die Verträge und die Fristen um die Dauer des Streiks und der Ausperrung verlängert.

Da also voraussichtlich im Frühjahr 1912 durch den Ablauf der Tarifverträge die Lage des Baugewerbes eine außerordentlich schwierige sein wird, bitten wir Sie, in Ihrem eigenen Interesse alle diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die unter allen Umständen geeignet sind, Sie vor Verlusten nach Möglichkeit zu schützen. Wir werden nach wie vor unausgesetzt bemüht bleiben, die Interessen der Bauarbeitgeber in jeder Weise zu wahren.

Geschäftsboll

Der Vorstand. J. A. J. Thiemann, Vorsitzender.

Ferner erhielten wir folgendes

Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für die Provinz Posen.

Nr. 1. Bezieht Förderung der Bautätigkeit im laufenden Jahre.

Nr. 2. Wie wird es 1912 werden?

Sowohl auf Arbeitgeberseite wie auf Arbeitnehmerseite wird die Rüstung zum Kampfe für das Jahr 1912 vorbereitet; beide Parteien werden am 31. März bis zu den Zähnen gerüstet dastehen, alle Mitglieder werden sich auf eine energiegeladene Arbeitseinstellung einzurichten haben. Die Arbeitnehmer rufen fieberhaft, Tausende von Mitgliedern sind im vergangenen Jahre ihren Verbänden beigetreten, auch in der Provinz Posen erwarten sie über 2000 neue Mitglieder. Auch ihre Kassen füllen sich. Am 1. Januar weisen die Maurer und Bauhilfsarbeiter einen Kassenbestand von 8 498 000, die Zimmerer einen von 3 120 000, die christlichen Gewerkschaften einen von 8 800 000 auf. Rechnet man das Vermögen anderer Bauarbeitgeberorganisationen noch dazu, so betrug das Gesamtvermögen der Baugewerkschaften am 1. Januar 1912 circa 13 Millionen Mark. Hierzu kommen noch die Einnahmen von 1912, so daß wir 1913 mit einem Reinertrag von 20 Millionen Mark rechnen können. Darum heißt es für uns: eifrig rüsten! Jeder werde für unsern Arbeitgeberverband neue Mitglieder, damit wir geschlossen das Jahr 1913 erwarten. Diejenigen Mitglieder, die ihre Beiträge zum Werktag noch nicht ganz entrichtet haben, müssen dieselben nunmehr umgehend an uns einreichen; denn auch wir Arbeitgeber müssen über eine achtunggebietende Kasse 1913 verfügen. Endlich ist es unbedingt erforderlich, ... Streikfall usw.

Adler, Syndikus.

Wir brauchen zu diesem Rundschreiben nicht viele Worte zu machen. Unsere Kollegen erfahren auch aus Ihnen wieder, daß die Unternehmer fieberhaft zum Kampfe rufen, um ihre Organisation noch so viel wie möglich zu stärken. Nun wir das gleiche!

Soziales.

Soziale Rechtspredung.

Der Kampf um die Unfallrente. Der Bauarbeiter A. in Braunschweig hatte am 2. Juni 1910 bei einem Wurf von einem Neubau eine Verletzung der Wirbelsäule und der Schulterblätter erlitten. Der behandelnde Arzt überwies ihn dem Herzoglichen Krankenhaus, wo er annähernd drei Monate bleiben mußte. Die ärztlichen Gutachter konstatierten am 12. November 1910 eine Erwerbsverminderung von 80 bis 90 pzt., daß A. leichtere Arbeiten in seiner Stellung wieder aufnehmen könnte. Die hannoversche Baugewerkschaft-Versicherungsgesellschaft wollte dem Verletzten auf Grund der Begutachtung des Herzoglichen Krankenhauses vom 13. November 1910 85 pzt. der Vollrente gewähren. Der Verletzte konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, weil er kein Glied richtig bewegen konnte; er beanspruchte die Vollrente. Weiter hatten sich ständig Kopf-, Schwindelanfälle neben den Beschwerden der Wirbelsäule und der Schultergelenke eingestellt, so daß der Verletzte nichts beginnen konnte. Da sich die hannoversche Baugewerkschaft-Versicherungsgesellschaft auf eine Begleichung der Unfallvollrente nicht einließ, mußte das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Braunschweig im Berufungsverfahren angerufen werden. Auf diese Instanz schickte den Angaben des Verletzten keinen Glauben und lehnte die Beweisansätze und auch die Einholung eines Obergutachtens mit Begleichung der Vollrente ab, so daß das Revisionsverfahren beim Reichsversicherungsamt zu Berlin eingeleitet werden mußte. Der Verletzte erhielt vom Deutschen Bauarbeiterverband Rechtsschutz. Er ließ sich von zwei unparteiischen Ärzten — worunter sich der erstbehandelnde Dr. W. befand — untersuchen und begutachten. Beide Gutachten wurden dem Reichsversicherungsamt überandt, damit eventuell ein Obergutachten erzielt würde. Entgegen dem Gutachten des Herzoglichen Krankenhauses sagte der eine unparteiische Gutachter (Dr. W.) unter anderem am Schluß seines eingehenden Gutachtens:

„Alle Bewegungen des Kopfes, der Schultern und der Wirbelsäule, direkte und indirekte, sind sehr stark eingeschränkt, teilweise bis zur Unausführbarkeit, und nur unter heftigen Schmerzen möglich. Da aber die Wirbelsäule den Stamm des menschlichen Körpers bildet, so rufen auch Bewegungen der Arme und Beine, wenn sie die Wirbelsäule mit in Bewegung setzen, ebenfalls heftige Schmerzen hervor. Mit andern Worten: Der Verletzte hat kein Glied, das er wirklich ohne jegliche Schmerzen zur Arbeit gebrauchen könnte. Tiefes Atmen, Stehen, Gehen, Sitzen, Liegen usw. — alles ist mit Schmerzen verbunden; selbst beim Biegen und Wenden der Nachtruhe verlassen den Verletzten die Schmerzen nicht. Meines Erachtens muß man somit völlige Erwerbsunfähigkeit gleich 100 pzt. annehmen.“ — Der behandelnde Arzt Dr. W. sagte ebenfalls am Schluß seines Gutachtens u. a.:

„Infolge der sehr großen Schmerzhaftigkeit der Wirbelsäule, die sich schon bei den geringsten Veränderungen ihrer Stellung äußert, halte ich es für ausgeschlossen, daß A. irgendwelche Arbeit leisten kann. Wenn auch die Hände, Arme, Beine und Fußgelenke, auch Fuß- und Schultergelenke selbst frei sind, so wird es doch wohl kaum möglich sein, Bewegungen in ihnen auszuführen, ohne daß dabei die Wirbelsäule mehr oder weniger in ihrer Stellung geändert würde. Ich halte daher A. für vollständig arbeitsunfähig.“

Das Reichsversicherungsamt hörte jetzt nochmals Professor Dr. Sprengel vom Herzoglichen Krankenhaus und sprach dem Verletzten am 30. März 1912 die Vollrente mit folgender Begründung zu: „Es war wie gesehen zu erkennen. In Übereinstimmung mit den Verträgen Dr. Wille und Dr. Willehaus hat sich jetzt auch Professor Dr. Sprengel in dem Gutachten vom 31. August 1911 dahin ausgesprochen, daß der Kläger infolge der durch den Unfall vom 2. Juni 1910 hervorgerufenen Schmerzen fortwährende Versteifung der Wirbelsäule, die auch Kopf, Nacken sowie Hände und Beine in Mitleidenschaft gezogen hat und jede Bewegung und Streckung nur unter Schmerzen und großen Beschwerden auszuführen erlitten läßt, völlig erwerbsunfähig ist. Abweichend von den Vorinstanzen, die eine Teilrente von 85 pzt. für ausreichend gehalten haben, hat daher das Reichsversicherungsamt die Begleichung der Vollrente für geboten erachtet.“ Der Verletzte hat mithin im Revisionsverfahren nach eingebrachten Zahlen endlich die Vollrente zugestanden bekommen, die ihm Schiedsgericht und Berufungsinstanz verweigert hatten. Nur die durch Bevollmächtigung des Reichsgerichts hinzugezogenen ärztlichen Sachverständigen verfaßten zur Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils und A. zu seiner Vollrente, die nun 76 45 pro Monat anstatt 66 beträgt. Ohne Rechtsschutz seiner Organisation wäre A. infolge Mittellosgesamkeit nicht in der Lage gewesen, ärztliches Beweismaterial beizubringen, um den Zustand der Krankheitsausfälle widerlegen zu können. Es zeigte sich also wiederum die Möglichkeit einer Berufsorganisation, mit deren Hilfe der Schwerverletzte zu der ihm zustehenden Unfallrente kam, was ohne diese völlig ausgeschlossen gewesen wäre. R. V.

Aus der Arbeiterversicherung.

A. Krankenversicherung.

Die Ansprüche Erwerbsloser an die Krankenkasse. Eine sehr wichtige Entscheidung hat kürzlich das Preussische Oberverwaltungsgericht gefällt. Bekanntlich haben Mitglieder, die einer Krankenkasse weniger als drei Wochen angehört haben und nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung nicht freibillige Mitglieder

bleiben, keinen Anspruch an die Kasse, wenn sie die Beschäftigung nicht wegen Krankheit aufgeben haben, sondern wegen Beendigung der Arbeit oder aus andern Gründen entlassen sind. Jemand wurde am 20. Januar wegen Unredlichkeit aus der Beschäftigung entlassen und dann vom 21. Januar bis 30. März erwerbsunfähig krank. Im Entlassungstage hatte er von der Krankenkasse noch keinen Krankenschein verlangt, sondern erst am Tage darauf, krank gemeldet. Die Kasse betrachtete ihn daher als einen Erwerbslosen und lehnte die Fürsorge ab. Infolgedessen mußte der Armenverband für ihn eintreten. Das Preussische Oberverwaltungsgericht war jedoch der Ansicht, daß ein Anspruch an die Krankenkasse bestand. Es führte aus, daß man den Begriff der Krankheit verkenne, wenn man aus der Tatsache, daß der Kranke am 20. Januar wegen einer Unredlichkeit entlassen worden sei und am Entlassungstage keinen Krankenschein verlangt habe, glaube folgern zu können; er sei am 20. noch nicht krank im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes gewesen. „Zu dieser Folgerung berechtigen, wobei die hervorgehobenen Umstände, noch die Befundung des Arbeitgebers, daß der Betroffene bei der Entlassung nicht krank gewesen sei. Denn ob Krankheit besteht, bestimmt sich nach objektiven, von Sachverständigen festzustellenden Merkmalen, nicht nach der Ansicht oder der Handlungswiese des Kassemittelgebers oder seines Arbeitgebers.“ (Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 18. 1. 1912.)

Wann beginnt der Anspruch für Familienangehörige von Kassemittgliedern? Woher das Krankenversicherungsgesetz noch die Reichsversicherungsordnung verpflichtet die Krankentassen zur Gewährung von Angehörigenunterstützung, wenn wir von dem halben Krankentage im Falle der Krankenhauseinweisung des Mannes absehen wollen. Die Kassen haben aber das Recht, auch den Angehörigen gewisse Unterstützungen zuteil werden zu lassen, und viele Krankentassen haben von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Die Art der Fürsorge ist jeder Kasse überlassen und richtet sich nach ihren Mitteln; sie ist infolgedessen sehr verschiedenartig. Gewöhnlich besteht sie in Gewährung freier ärztlicher Behandlung und in der Gewährung einer Beihilfe für den Fall, daß die Frau oder ein Kind das Krankenhaus aufsuchen müssen. Nicht selten wird auch Arznei gewährt. Da stand nun kürzlich die Frage zur Entscheidung, ob Angehörige auch für eine Krankheit Anspruch an die Krankentasse haben, die schon vor Beginn der Mitgliedschaft des Familienoberhauptes eingetreten ist. Diese Frage wurde in einer Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 25. Januar d. J. verneint und ausgeführt, daß das ausdrücklich im Statut ausgesprochen werden muß, wenn auch für derartige Krankheitsfälle ein Anspruch bestehen soll. Weil das aber hier nicht geschehen war und natürlich auch sonst nie geschieht, nahm das Gericht an, daß nur für solche Krankheiten der Angehörigen ein Anspruch an die Kasse besteht, die während der Mitgliedschaft des Mannes eintreten. Denn die Versicherung besteht ihrem Wesen nach nur als Schutz gegen künftige Uebel.

Ein Arbeitgeber, der dem Arbeiter Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge abzieht, aber nicht für die Versicherung verwendet, macht sich strafbar. Die Krankentassen und die Versicherungsanstalten werden sehr häufig durch Arbeitgeber, die ihren Arbeitern zwar Beiträge abziehen, diese dann aber für sich behalten, geschädigt. Nun steht ja zwar darüber hohe Strafe, aber diese werden selten sehr häufig mißbraucht. Gewöhnlich betreiben sie sich damit, daß sie anfänglich die Mitgliedschaft hatten, die Beiträge abzuführen, sie wären dann aber in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weswegen sie nun ihren Verpflichtungen nicht nachkommen könnten. Das Reichsgericht hat jedoch unter dem 19. Januar d. J. entschieden, daß sich die Arbeitgeber auch in diesen Fällen strafbar machen.

B. Unfallversicherung.

Wann tritt die Entziehung einer Rente in Kraft? Nach dem Unfallversicherungsgezet trat die Entziehung der Rente mit Ablauf des Monats in Wirksamkeit, in dem der die Rente entziehende Entschluß ausgefertigt wurde. Seit dem 1. Januar d. J. ist nun für die Unfallversicherung schon die Reichsversicherungsordnung in Kraft getreten, die bestimmt, daß der Beschäftigte mit Ablauf des auf die Zustellung folgenden Monats wirksam wird. Die Rente soll also noch für einen vollen Monat nach der Mitteilung über die Entziehung der Rente ausgezahlt werden. Dem Rentenbezieher soll einen Monat vorher der Bescheid der Rente mitgeteilt werden, damit er sich darauf einrichten kann. Diese günstige Bestimmung gilt nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes auch für die Rentenansprüche, die am 1. Januar d. J. schwebten. Der Beschäftigte der Versicherungsanstalt muß jedoch im neuen Jahre zugestellt sein. Dadurch, daß der Rentenempfänger das Schiedsgericht anruft, wird der Ablauf der Frist nicht hinausgeschoben.

C. Unfallversicherung.

Worauf bei Entziehung einer Rente zu achten ist, die man länger als fünf Jahre bezogen hat. Nach dem Gesetz kann die Rente abgeändert werden, wenn in den gesundheitlichen Verhältnissen des Rentenbezieher eine wesentliche Veränderung eingetreten ist. Das heißt, die Rente kann herabgesetzt oder entzogen werden, wenn sich der Zustand des Beschäftigten bessert. Bekanntlich machen die Berufsgenossenschaften von diesem Recht ausgiebig Gebrauch. Allein im vergangenen Jahre wurden 179 264 solcher Beschäftigte von den Berufsgenossenschaften entlassen. Innerhalb der ersten fünf Jahre kann die Gewährung oder Entziehung der Rente durch einfachen Beschäftigten der Berufsgenossenschaften geschehen, wogegen der Beschäftigte freilich das Schiedsgericht anrufen kann. Im vergangenen Jahre geschah das in 70 324 Fällen. Nach Ablauf von fünf Jahren kann die Gewährung oder Entziehung nur durch eine Entscheidung des Schiedsgerichts vorgenommen werden. Die Berufsgenossenschaft muß in diesen Fällen die Entziehung erst beim Schiedsgericht begehren. 1911 wurden nicht weniger als 45 667 derartige Anträge gestellt gegen „nur“ 40 481 im Jahre 1910. Die Berufsgenossenschaften verlangen jedoch häufig, sich zu

„irren“ und auch solche Renten durch einfachen Beschäftigten der Welt schaffen, die länger als fünf Jahre laufen. Hellenberg, der Geschäftsführer der Seidenberufsgenossenschaft, schreibt selbst in seinen für die Vertreter der Berufsgenossenschaften bestimmten „Praktischen Hinweisen für die Vertretung vor dem Schiedsgericht“: „Uns allen ist wohl (1) schon der Fall vorgekommen, daß eine länger als fünf Jahre laufende Rente irtümlich seitens der Berufsgenossenschaft abgeändert wurde. Hat der Beschäftigte gegen den Beschäftigten der Berufsgenossenschaft in diesem Falle keine Berufung eingelegt, so erlangt derselbe Rechtskraft durch die Nichtanfechtung.“

Kürzlich hatte sich das Reichsversicherungsamt mit solch einem Fall zu beschäftigen. Das Schiedsgericht zu Hannover hob einen „irtümlichen“ Beschäftigten der Berufsgenossenschaft auf. Das war ja ganz in der Ordnung. Es begnügte sich aber nicht damit, sondern stellte auch gleichzeitig die Rente ein. Das war nun nicht in der Ordnung und wurde vom Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung vom 9. Februar d. J. als ungeschiedlich bezeichnet. Weil die Berufsgenossenschaft keinen Antrag auf Rentenentziehung an das Schiedsgericht gestellt hatte, durfte letzteres die Rente nicht entziehen. — Die Beschäftigten werden gut tun, auf solche „Irtümer“ zu achten. Nach fünf Jahren dürfen Renten unter Umgehung des Schiedsgerichts nicht mehr geändert werden.

Genossenschaftliches.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1911.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im verfloffenen Jahre zum ersten Male den Umsatz von 100 Millionen Mark überschritten. Er betrug rund 110 Millionen Mark. Die genaue Zahl lautet 109 605 469,89. Diese Umsatzzunahme allein ist bereits eine Tatsache, auf die die organisierten Konsumenten stolz sein können. Für eine Großeinkaufsgesellschaft, die 18 Jahre besteht, ist eine Umsatzzunahme von 23 Pkt. sehr bemerkenswert; denn die Zeit der sprunghaften Entwicklung, wie sie ein solches Unternehmen in den ersten Jahren erlebt, ist doch für die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine längst vorüber. Die Entwicklung der Bezirkskonsumvereine bringt es mit sich, daß gegenwärtig weniger Neugründungen von Vereinen erfolgen als früher, und sie führt weiter dazu, daß manche Vereine, die seit Jahrzehnten bestehen, sich mit Nachbarvereinen vereinigen, da große, leistungsfähige Vereine den Konkurrenzkampf mit den privatkapitalistischen Geschäften besser führen können. Obwohl man unter diesem Umstand auf eine erhebliche Zunahme der Konsumvereine, die mit der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Verbindung treten, nicht rechnen kann, ist doch die Zahl der Mitglieder der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von 554 auf 574 gestiegen. Auch die Zahl der Vereine, die Mitglieder bei der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind, ist gewachsen, und zwar von 675 auf 706. Die Lieferung von Waren, die in genossenschaftlichen Betrieben hergestellt sind, hat bei der Großeinkaufsgesellschaft im verfloffenen Jahre eine weitere Ausdehnung erfahren. Wurden im Jahre 1910 für 3,6 Millionen Mark Waren aus genossenschaftlichen Betrieben geliefert, so stieg die Zahl im abgelaufenen Jahre auf 5,6 Millionen Mark. Wie der Leser sieht, ist die relative Umsatzzunahme hier viel größer als die allgemeine Umsatzzunahme. Zu den genossenschaftlichen Lieferanten der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehört zunächst einmal die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die für mehr als eine Million Mark Papiervaren geliefert hat. Dann wurden von der Schokolade- und Gebäckfabrik Konsumvereins „Produktion“ für 435 000 Reichsmark gekauft. Ferner wurde an Butter und Käse für zwei Millionen Mark aus genossenschaftlichen Betrieben bezogen.

Für die Waren, die in Privatbetrieben hergestellt werden, hat die Regelung der Produktion auf genossenschaftlicher Grundlage einen weiteren Fortschritt gemacht. Es sind eine Reihe neuer Artikel in eigener Packung aufgenommen worden, so Margarine, Konfaktee, Magermilchpulver und andere. Diese Artikel werden im Auftrage der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von privaten Fabriken hergestellt, führen aber die Marke G. E. G. Wenn die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf Grund ihrer Schätzung des Bedarfs derartige Artikel in Auftrag gibt, dann findet hier nicht die übliche wilde Produktion für den Markt statt, sondern wir haben es hier mit einem Stück Produktion für den Bedarf, aufgebaut auf genossenschaftlicher Grundlage, zu tun.

Die große Bedeutung der Eigenproduktion für das Genossenschaftswesen hat man in der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine längst erkannt. Daß wir gegenwärtig noch nicht mehr zentralisierte Eigenproduktion haben, hängt zum Teil damit zusammen, daß um die erste Seifenfabrik bekanntlich ein jahrelanger Kampf ausgefochten werden mußte. Nun die Seifenfabrik Mitte 1910 endlich ihren Betrieb beginnen konnte, zeigt sich aber auch, daß die organisierten Konsumenten sich hier eine erstklassige Musterfabrik geschaffen haben, die den Vergleich mit jedem privatem Konkurrenzunternehmen auszuhalten kann. Der Umsatz der Seifenfabrik betrug 1,87 Millionen im Jahre 1910, im Jahre 1911 auf 4,7 Millionen Mark. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Geschäftsjahr 1910 der Seifenfabrik nur sechs Monate gält, so ist die Zunahme doch noch immer sehr erheblich. Es wurden im ablaufenden Jahre 9,6 Millionen Kilogramm Seifenfabrikate und 25 800 Gramm Toiletteifern hergestellt. —

schäftigt wurden Ende 1911 in der Seifenfabrik 226 Personen, darunter 110 Arbeiter und 98 Arbeiterinnen. Die Gesamtsumme für Lohn und Gehälter beträgt 229 000.

Die drei Zigarrenfabriken in Frankfurt, Gießen und Hamburg haben ihren Umsatz ebenfalls erheblich gesteigert. Er liegt von 2,14 Millionen Mark auf 2,7 Millionen Mark, also um mehr als eine halbe Million Mark. Es wurden 37 000 Kille abgesetzt gegenüber 30 000 Kille im Jahre 1910. Die Folgen des Tabakverfalls sind jedoch noch nicht völlig überbunden. Genauere Vergleiche, wie sie im Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angeführt werden, zeigen, daß der Umsatz in Zigarren besserer Preislage noch nicht wieder die alte Höhe erreicht hat. Die Kaffeezucker der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte im verfloffenen Jahre einen Umsatz von 1 667 081 kg. Eine weitere Ausdehnung der Eigenproduktion steht bevor. Mitte des Jahres wird voraussichtlich die von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angekaufte Bäckhofsfabrik in Lauenburg (Elbe) in Betrieb gesetzt werden. Ferner wird die Kautschuk- und Gummifabrik in Nordhausen in die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine aufgehen. Die Generalversammlung der Kautschuk- und Gummifabrik in Nordhausen hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Für weitere Ausdehnung der Eigenproduktion sind Vorbereitungen im Gange.

Vor einiger Zeit ging durch die Reichsverbandspresse eine Notiz über schlechte Löhne und Arbeitsverhältnisse in der Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G. in Gröda-Mies. Selbstverständlich war in der Notiz noch nicht einmal das übliche Körnchen Wahrheit enthalten. Die Erklärung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G., die diese verstand, zeigte jedem objektiven Beurteiler sofort zur Genüge, wie wenig berechtigt die Angriffe waren. Trotzdem werden sie nachdrücklich wieder einmal aufzuheben. Da ist es denn von besonderem Interesse zu sehen, wie die Dinge tatsächlich liegen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G. hat mit den beteiligten Gewerkschaften für ihre sämtlichen Arbeiter Tarifverträge abgeschlossen. Auch für das Kontorpersonal ist ein Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen abgeschlossen worden. Die tatsächlichen Löhne und Gehälter liegen jedoch über die Grenzen dieses Vertrages hinaus. Ferner zahlt die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G. die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung für ihr Personal. Das macht allein 40 000 im Jahre aus. Dann gab sie 25 000 an Beiträge für die Unterstufungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Insgesamt kommen an Mehrleistungen über das Maß, zu dem die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G. durch ihre Verträge verpflichtet ist, 100 000 auf. Diese Summe kann man jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß es selbstverständlich einem Unternehmen, wie der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G., nicht möglich ist, Arbeitsverträge abzuschießen mit Löhnen, die sich unter dem in der Konkurrenz üblichen Niveau bewegen.

Das Personal, das im Vorjahre 1155 Personen zählte, ist im Berichtsjahr auf 1297 Köpfe angewachsen. Es sind beschäftigt 3 Geschäftsführer, 6 Prokuristen, 6 leitende Beamte in den Abteilungen Verwaltung, Zigarrenfabriken und Seifenfabrik, 7 Lagerverwalter, 10 Vertreter, 8 Abteilungsleiter, 1 Sekretär, 2 Chemiker, 239 Kontoristen, 1 Kassisten, 28 Maschinenführer, 2 Telephonistinnen, 28 Boten, 11 Lehrlinge, 1 Hausmeister, 1 Feiger, 4 Kantinenfrauen, 1 Lagermeister, 1 Köchin, 7 Köche, 46 Lagerarbeiter, 65 Lagerarbeiterinnen, 10 Wertmeister, 286 Zigarrenarbeiter, 317 Zigarrenarbeiterinnen, 3 Siebmeister, 110 Fabrikarbeiter, 98 Fabrikarbeiterinnen.

Nicht nur auf dem Gebiete des Warenhandels und der Eigenproduktion kann die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf beachtliche Fortschritte zurückblicken, sondern auch in ihrer Bankabteilung. Diese Bankabteilung zählte für 1911 369 Inhaber von Girokonten. Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrug 1911 491 Millionen Mark gegenüber 347,5 Millionen Mark im Vorjahre. Diese Zunahme ist doppelt erfreulich, wenn man bedenkt, daß die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine dazu beiträgt, nicht nur den Konsumvereinen eine angemessene Vergütung ihrer Geld- und Kapitalüberflüsse zu ermöglichen, sondern auch eine angemessene Verzinsung. Es ist jedem Konsumverein leicht gemacht, seine Kapitalüberflüsse, die er zu einer bevorstehenden Ausdehnung der Eigenproduktion, als auch zu neuen Bauten ansammelt, sowie die aus seiner Sparkastentätigkeit sich ergebenden Gelder auszubringen anzulegen. In der Regel werden aber die Banken diese Gelder zwecken zuführen, die die organisierten Konsumenten nicht fördern möchten. Ferner ist es für Konsumvereine, die sich ausdehnen wollen, ganz außerordentlich schwierig, das nötige Kapital zu entleihen, das sie brauchen, bis ihre Finanzen sich dem neuen Stand der Dinge angepasst haben. Hier tritt nun die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ein und bereitet die Vereine von der Abhängigkeit von den Privatbanken. — Der Reingewinn der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine belief sich auf 1,1 Millionen Mark. Für jeden, der die vorsichtige Finanzpolitik der Großeinkaufsgesellschaft kennt, ist es klar, daß reichlich Abfertigungen gemacht sind, aber auch dieser Ueberschuß wird nicht ausgeschüttet. Die angeschlossenen Vereine erhalten nur 200 000, während der Rest zur Stärkung der eigenen Mittel verwendet wird. Von diesem 200 000 fließt übrigens ein großer Teil in

Form von neuen Eingangsleistungen auf Geschäftsanteil wieder der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat in einem Jahre, das durch Murre und Teuerung manche anormale Verhältnisse brachte und den Betrieb eines derartigen Unternehmens nicht gerade leicht gestaltet, einen höchst erfreulichen Aufschwung genommen und damit gezeigt, daß sie ein Unternehmen ist, das sich ebenso durch seine solide Fundierung wie durch seine zielbewusste Geschäftsführung auszeichnet. Bereits steht die Großeinkaufsgesellschaft an dritter Stelle unter allen anderen Großeinkaufsgesellschaften der Welt. Hoffen wir, daß die gesonnenhafte Treue der deutschen Konsumgenossenschaft es bald dahin bringt, daß die deutsche Großeinkaufsgesellschaft unmittelbar hinter der englischen rangiert.

Zentralfrankentasse.

In der Woche vom 19. bis 25. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Lübeck M. 500, Potsdam 400, Wilmersdorf 400, Friedenau 300, Schweib. a. d. O. 800, Dohleim 280, Königsberg i. Pr. 200, Köpenick 200, Ohlau 200, Ziegel 200, Bismarck 150, Neckerstraße 150, Babilow 150, Möhlendorf 140, Bromberg 100, Dresden 100, Striesen 100, Wernsdorf 100, Seckelheim 100, Hüttenrode 100, Königstein i. L. 100, Mülin i. L. 100, Summa M. 4270.

Zuschüsse erhielten: Burg 6, Magdeburg M. 200, Karlsruhe i. B. 200, Kiel 200, Elrich 150, Wald-Michelbach 150, Gagen 100, Goltzenau 100, Randshild 100, Wefensleben 80, Altona 79,65, Rautsch 50. Summa M. 1409,65.

Altona, 25. Mai 1912.

Fr. Kläßen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 75.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Grund § 14 der Satzung beruft der Vorstand die Ordentliche Generalversammlung zum Sonntag, den 7. Juli d. J., nachmittags 3 Uhr, ein. Sie findet im Lokal des Herrn Marzen (früher August Rief) in Altona, Hamburger Straße 6/8, statt. (Mitgliedsbuch legitimiert.) Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht des Aufsichtsrats; 3. Wahlen, a) des Vorstandes und dreier Ersatzmänner, b) des Aufsichtsrats und dreier Ersatzmänner; 4. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A. W. Th. H. M. A., Vorsitzender.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Vertriebsabteilung.)

Von der Naturwissenschaftlich-Technischen Volksbücherei der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft sind in Theodor F. H. M. Verlag in Leipzig vor einiger Zeit erschienen: Die Eisenbahn, von Prof. Dr. R. Schreyer, und Die Elektrizität im täglichen Leben, von R. Wunder. Beide Bändchen enthalten zum besseren Verständnis einige Abbildungen. Der Preis für das broschurierte Bändchen (132 und 142 Seiten) beträgt 60 Pf. Die Naturwissenschaftlich-Technische Volksbücherei will die Eigenschaften der Naturforschung in gediegener und zugleich gemeinverständlicher Weise in die weitesten Kreise tragen und zugleich zeigen, welches die Aufgaben der Wissenschaft und Technik sind. Man darf den Büchern die weiteste Verbreitung wünschen.

Die Arbeit der Muskeln betitelt sich das neueste (ganzseitige) Bändchen der Kleinen Bibliothek, die im Verlag von J. S. B. Dieckhoff in Stuttgart erscheint. Zu dem sehr interessanten Bändchen behandelt Dr. A. Eppich in gemeinverständlicher Weise den Bau der Muskeln unseres Körpers, die Verfassung der Muskeln, das Verhältnis der Muskeln zum Nervensystem, den Stoffwechsel der Muskeln, die Muskelmaschine, die Ermüdung der Muskeln usw. Der Text des Bändchens, das gebunden M. 1, broschiert 75 Pf. kostet, ist mit einer Reihe gut gelungener Abbildungen versehen, die sehr wesentlich zum guten Verständnis beitragen. Bei einer Neuausgabe mag der Verlag einen recht sinnvollen Druckfehler auf Seite 14 des Bändchens beseitigen.

Mit Brand und Wandertab. So ist eine von Jürgen Brand, dem bekannten Jugendschriftsteller, verfaßte und von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegebene Broschüre betitelt, die für das fröhliche Wandern Propaganda macht. Jürgen Brand steuert in ihr den gesundheitsreichen Wert des Wanderns und gibt dann Anregungen in großer Zahl, wie man das Wandern genussvoll gestalten kann. Er gibt Anleitungen zur Vorbereitung der Wanderungen, beantwortet die Fragen: Wann und wohin sollen wir wandern? Er schildert die zweckmäßigste Ausrüstung, den Wert des Gelanges und unterschiedlicher Spiele. Das Schriftchen ist in erster Linie für die arbeitende Jugend bestimmt, es ist aber auch für Erwachsene, die des Sonntags einmal hinaus in Wald und Feld ziehen, sehr nützlich zu lesen. Wir können seine Anschaffung jedem, besonders aber unseren jungen Kollegen, aufs wärmste empfehlen. Zu beziehen ist das Schriftchen für 20 Pf. von allen Buchhandlungen und Expeditionen sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Staat und Religion im Lichte der modernen Ethik. Von Franz Arthur Meißner. 79 Seiten. Preis M. 2. Die Schrift, die anlässlich des Selbstverlages des Verfassers erschienen ist, ist eine Streitschrift gegen den berühmten Gelehrten Wilhelm Dilthey, der für sich — als Chemiker — das Recht in Anspruch nahm, auch etwas über Ethik

zu schreiben. Wir kennen die fragliche Publikation Ostwalds nicht, aber nach dem, was Meißner aus ihr und gegen sie anführt, müssen wir schlussfolgern, daß sie in jeder Beziehung weit über der Meißnerschen Streitschrift steht. Ostwald stellt zum Beispiel auf dem sehr vernünftigen Standpunkt, daß man den Kindern in der Schule nicht einen ethischen Standpunkt einprägen sollte, der längst überwunden ist, sondern daß man ihnen dafür die Ethik des zwanzigsten Jahrhunderts, die Ethik der sozialen Empfindens beibringen sollte. Diese Forderung, die auf die Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule hinausläuft, erregt den gereimten Born Meißners. Er behauptet, Ostwald verfüge nicht über eine besondere, sondern nur über „eine durchschnittliche Reinheit der sittlichen Logik“. Insofern erachtet sich Herr Meißner in einem schweren Irrtum, wenn er glaubt, durch solche und ähnliche Lebenswundlichkeiten der Anschauung Ostwalds irgendwelchen Abbruch tun zu können. Auch dadurch dürfte seine Schrift schwerlich an Bedeutung gewinnen, daß eine Flugschrift von ihm, die er 1910 über dieses Thema herausgab, durch das „besondere

Interesse des Reichstanzlers von Bethmann-Hollweg ausgezeichnet wurde“, was Meißner in der Einleitung stolz hervorhebt. Große und richtige Ideen setzen sich, wie die Geschichte lehrt, auch ohne, ja gegen das Interesse durch, das ihnen Staatselementen entgegenbringen oder nicht entgegenbringen. — Die Schrift Meißners ist ein Ausbruch orthodox-reaktionärer Weltanschauung, die sich gegen die moderne Geistesforschung aufbäumt. Ihr Wert wird noch durch die große Zahl von Druckfehlern vermindert, die besonders im Vorwort enthalten sind.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

S. M. in Schreiberhan. Lasse Dir vom Arbeiter-Madachverband „Solidarität“ in Offenbach a. Main einen Katalog senden.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileide kostet 16 Pf.)

Magdeburg. Am 28. Mai starb unser Kollege **Georg Schmid** im Alter von 46 Jahren an Magenverhärtung.

Bergedorf. Am 17. Mai fiel unser 63 Jahre alter Kollege **W. Stehr** bei Ausübung seiner Arbeit in einen Gefäß. Er wurde am anderen Morgen erstickt aufgefunden. Wir verlieren in ihm eines unserer ältesten Mitglieder.

Berlin. Am 20. Mai starb unser Mitglied **August Zier** im Alter von 51 Jahren an Kehlkopfverwundung.

Chemnitz. Am 22. Mai starb unser Kollege **Bruno Hähle** im Alter von 37 Jahren.

Cöln. Am 21. Mai starb unser Kollege **Jakob Haupt** im Alter von 56 Jahren an Gallenleidenoperation.

Dresden. Am 17. Mai starb unser Kollege **Ludw. Schuster** im Alter von 33 Jahren infolge Unfalls. — Am 18. Mai starb der Kollege **Friedr. Reinhardt** im Alter von 50 Jahren an Gehirnleiden.

Am 19. Mai starb der Kollege **Gustav Seidel** im Alter von 58 Jahren an Speiseröhrenverengung.

Eisenach. Am 20. Mai starb unser Kollege **Ernst Sippel** im Alter von 28 Jahren an Lungenleiden.

(Zahlfeld 144785.) Am 18. Mai starb unser treuer Kollege **Heinrich Rannert** im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden.

Eisen a. d. Ruhr. (Zahlfeld 144785.) Am 13. Mai starb unser Kollege von **Aug. Schmigel** im Alter von 34 Jahren an der Prostatitis.

Am 22. Mai erlitt infolge eines Unfalls unser Kollege **Guisepp Innammati** im 26. Lebensjahre den Tod.

Gottsb. Am 17. Mai starb unser Mitglied **Ehrenfried Hilscher** im Alter von 63 Jahren an Lungenentzündung.

Sameln. (Zahlfeld 144785.) Am 23. Mai starb unser Kollege **Wih. Lücking** an der Prostatitis.

Stet. Am 20. Mai starb unser treuer Mitglied **W. Balzweit** im Alter von 23 Jahren an Blutvergiftung.

Tanbau. Am 14. Mai starb unser Kollege **Johs. Michel** im Alter von 34 Jahren an Lungen- und Kehlkopfleidern.

Magdeburg. Am 21. Mai starb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Krusche** im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs.

Mannheim-Indwigshafen. Am 16. Mai starb unser Kollege **Adam Metzger** an Schias. — (Zahlfeld 144785.) Am 19. Mai starb unser Kollege **Valentin Kemmet** an Wasserleiden.

München. (Bezirk 144785.) Am 21. Mai starb unser Kollege **Andreas Singer** im Alter von 22 Jahren an Lungenleiden.

Nemisch. Am 15. Mai starb unser Kollege **Fritz Otto** im Alter von 49 Jahren infolge eines Unfalls.

Stuttgart. Am 21. Mai starb unser Kollege **Albert Schweizer** von Rommelshausen im Alter von 19 Jahren infolge eines Baunfalls.

Verden. Am 16. Mai starb unser Kollege **Ernst Wiedemann** aus Langenbergsdorf im Alter von 42 Jahren an Schlaganfall.

Zwickau. Am 22. Mai starb unser Kollege **August Hammer** im Alter von 66 Jahren an Rippenfellentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Karl Freihoff, Stutteur, sende Deine Adresse sofort an Deine Frau, Stahlheim bei Meh, Römerstr. 5.

Johann Jürgen Grabe wird zum Antistat gesucht. Grabe ist am 16. März 1863 zu Wilster i. Holst. geboren, hat in Jöhoe das Maurerhandwerk erlernt und ist 1886 oder 1887 in die Fremde gegangen. Auskunft über seinen Verbleib oder jetzigen Aufenthaltsort wolle man an J. C. T. Marsch, Hamburg 24, Schwanenw. 40, richten. Auslagen werden zurückerstattet. [M. 240]

Ernst Müller, Maurer, geboren am 2. Februar 1891 zu Sienz (Kürstentum Magdeburg), wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen seine Adresse an den Vorsitzenden des Zweigvereins Ravel, L. Schirmeister, Langendamm 6, Ravel i. D., senden. [150]

Schweidnitz.

Zu dem Sonntagsabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr, in der „Germania“, Freiburger Straße, stattfindenden

Frühjahrs-Vergnügen werden alle Mitglieder nebst werten Angehörigen freundlich eingeladen. [M. 270] Der Vorstand.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Vertriebsleiter, H Bergeber, RZ Reiseleiterführung wird ausbezahlt bei.)

Glückburg. V Karl Reinecke, Gellertstr. 33, 1. Et.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntagsabend, den 1. Juni.

Elmsborn. Abends 8 Uhr in der Bergeber.

Sonntag, den 2. Juni.

Amberg. Vorm. 10 Uhr im Lokal Hg. Wichtige Tagesordnung.

Cüstrin. Nachm. 3 Uhr im Lokal des Verbands. Tagesordnung.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im Lokal des Verbands. Tagesordnung.

Neuruppin. Nachm. 3 Uhr bei Kassenmann.

Priebeus. Vorm. 11 Uhr im Vereinslokal.

Striegau. Nachm. 3 Uhr bei Sauer. Tagesordnung.

Zossen. Nachm. 3 Uhr bei Sauer.

Dienstag, den 4. Juni.

Nürnberg. (Gieseler) Abends 8 Uhr im „Historischen Hof“.

Mittwoch, den 5. Juni.

Berlin. (Meyer) Abends 8 1/2 Uhr im Saal 10 des Gewerkschaftshauses.

Guben. (Stein) Abends 8 1/2 Uhr im „Bürgerheim“.

Sonntagsabend, den 8. Juni.

Burgdorf. Abends 8 Uhr im „Schützenhaus“. Bäder mitbringen.

Mulheim a. d. R. (Stutteur) Abends 8 1/2 Uhr bei Hollenberg.

Sonntag, den 9. Juni.

Amberg. Vorm. 10 Uhr öffentliche Bauarbeiterversammlung in der „Alteisen“.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr in der „Kassier“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Berlin. (Stutteur) Vorm. 10 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 270, bei Gossmann.

Zentralfrankentasse der Maurer usw.

Sonntag, den 2. Juni.

Neuruppin. Nachm. 3 Uhr bei Kassenmann.